Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1932

81 (7.4.1932)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig o Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziles, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt • Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. o Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, zuzüglich 38 Pfg. Trägerlohn • Ohne Zustellung 1,90 Mark o Durch die Post 2,36 Mark o Einzelverkauf 10 Pfennig • Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o Postscheckkonto 2650 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o Fernruf 7020/7021 o Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptstr. 9 B.-Baden, Jagdhausstr. 12 Rastatt Rosenstr. 2 Offenburg Republikstr. 8

Nummer 81 — Karlsruhe, Donnerstag, den 7. April 1932 — 52. Jahrgang

Tobsüchtige Horden

Bereitet ihnen am 10. April die verdiente Niederlage!

Die gestrigen Enthüllungen über den Putschplan der hitlerischen Braunhemden, die wir nachstehend noch durch weitere Einzelheiten ergänzen, ohne daß damit bereits der ganze Plan der Oeffentlichkeit vorliegt, weil ein großer Teil des in den nationalsozialistischen Parteibüros gefundenen Materials wegen Hochverratsverdachts noch nicht der Oeffentlichkeit übergeben worden ist, zeigt, wie **nahe Deutschland am 13. März** dem das ganze Volk und das Reich zerstörenden **Bürgerkrieg** gewesen ist und zwingt gleichzeitig, allen einsichtigen Männern und Frauen die Notwendigkeit auf, am **Sonntag,** 10. April, ihre gesamte Kraft aufzuwenden, um beim zweiten Wahlgang zur Präsidentschaftswahl **Hitler die verdiente Niederlage** zu bereiten. Mehr noch als am 13. März gilt es diesmal zu agitieren und zu werben mit der Parole:

Schlagt Hitler, wählt Hindenburg!

Was jedoch die **andere Seite** der Ergebnisse der Haussuchungen bei den Nationalsozialisten betrifft, so müssen jetzt die Regierungen mit aller Kraft durchfahren und die **Privatarmee des Herrn Hitler verbieten.** Wir wissen nunmehr, wie die **„Legalität“** des Herrn Hitler aussieht und auch Herr Reichsminister **Gröner** kann nicht mehr länger die Zurückhaltung üben, die er allerdings trieb. Schluß mit der Bürgerkriegsarmee!, dies ist die **dringendste Aufgabe nach dem 10. April,** wozu das **Volksvotum bei der Präsidentenwahl** der Regierung den entsprechenden Resonanzboden geben muß. Selbst ein bürgerlich rechtsstehendes Blatt wie die **Kölnische Zeitung** muß angesichts der Ergebnisse der Haussuchungen in den nationalsozialistischen Büros von Preußen schreiben:

„Wer unabhängig von Verfassungen, Parteigruppierungen und „Systemen“ die moderne Staatsidee bejaht, muß folgerichtig zu dem Schluß kommen, daß Dinge, wie sie nach den Haussuchungen in Preußen festgestellt worden sind, in Deutschland **unter keinen Umständen geduldet werden können,** soll die Nation nicht innenpolitisch, außenpolitisch und wirtschaftlich in die größte Gefahr geraten. Wir wissen nicht, in welchem Umfang die Führer der NSDAP. im einzelnen für alle diese Gesetzwidrigkeiten konkret verantwortlich zu machen sind, dürfen aber wohl auf die Erklärung Hitlers hinweisen, daß nichts in seiner Partei geschehe, von dem er keine Kenntnis habe. Sicherlich kann sich an den Rändern einer großen Partei manches ereignen, was den Verantwortlichen entgeht. Hier aber handelt es sich um **Enthüllungen von solchem Umfang,** daß die Führer der Nationalsozialistischen Partei wohl kaum behaupten werden wollen, ihnen sei die Tätigkeit der einzelnen Organisationen unbekannt. Im Gegenteil: **Alles spricht dafür, daß die Maßnahmen der Partei einen zentralen Charakter tragen. Die öffentliche Sicherheit verlangt in dieser Stunde, daß gegen alle Versuche, den Staat zu unterhöhlen, sich illegale Machtbefugnisse anzumaßen, nachdrücklichst eingeschritten wird.** Die Entschuldigung, man habe lediglich gegen das andere System mobil machen wollen, kann die Staatsautorität nicht gelten lassen. Denn für die Aufrechterhaltung der Ordnung ist der Staat allein verantwortlich. **Wir brauchen kein Privatheer.** Wir leben im 20. Jahrhundert und nicht im Mittelalter. Welche Maßnahmen im einzelnen notwendig sein werden, soll hier nicht näher untersucht werden. Von der Untersuchung des Oberreichsanwalts wird wohl die Entscheidung abhängen, verschwinden aber müssen die illegalen Versuche, die Souveränität des Staates zu zermürben.“

Die Kölnische Zeitung hat recht, **„Wir brauchen keine Privatarmee, wir leben im 20. Jahrhundert und nicht im Mittelalter“.** Diese Parole muß gelten und sie muß bekräftigt werden am **10. April** durch eine für die kommende Entwicklung Deutschlands entscheidende **Niederlage Hitlers,** wozu unsere Parole lautet:

Schlagt Hitler, wählt Hindenburg!

Weitere Einzelheiten aus den Putschdokumenten

Das Material über die **Haussuchungen bei der NSDAP.** in Preußen brachte noch eine Reihe weitere Einzelheiten:

Die Polizei

erfreut sich indes nicht nur der besonderen Aufmerksamkeit der nationalsozialistischen Nachrichtendienstes. Mitunter wird sogar nach kommunistischem Vorbild offene **Zersetzungsarbeit** betrieben. Bei der Durchsuchung des nationalsozialistischen Parteihauses Filzengraben in Köln beim Nachrichtendienstleiter Dahlhausen wurde eine Abhandlung „Gehaltsabbau und Schutzpolizei“, angebliche Zuschrift eines Schupobeamten, gefunden, die ziemlich

unverblümt dazu auffordert, die Dienstpflichten gegenüber Angehörigen der NSDAP. zu verweigern.

Noch deutlicher ist ein in Berlin verbreitetes, an die Berliner Schutzpolizei gerichtetes, mit „Die nationalsozialistischen Polizeibeamten Berlins“ unterzeichnetes hektographiertes Flugblatt, in dem es u. a. heißt: „Kein Gummiknüppel darf einen Nationalsozialisten treffen. Kein Pistolenschuß gegen die für uns mitkämpfende SA.!“

Im Nachrichtendienstblatt Dezember 1931 betr. das „System“ werden die nur durch Verletzung des Dienstgeheimnisses der Partei in die Hände gefallenen

geheimen Verfügungen des Ministers

und zweier Regierungspräsidenten im Wortlaut mitgeteilt; das Nachrichtendienstblatt Februar 1932 enthält den Abdruck einer vertraulichen und für den Dienstgebrauch bestimmten Denkschrift des preußischen Polizeiinstituts über Kampfvorbereitung und Kampfgrundsätze radikaler Parteien.

In einem Befehl Nr. 45 der Standarte 60 in Essen vom 4. März 1932 wird u. a. binnen vier Tagen eine

listenartige Aufstellung

über: 1. Polizei, 2. Lehrer, 3. Pfarrer, 4. Bahnbeamte und Lokomotivführer, 5. Autobusfahrer, 6. Vorsitzende von Innungen, Militär- und sonstigen Schießvereinen, 7. Beamte des Bezirksverbandes, 8. Freimaurer und 9. Juden verlangt. Die Fassung der Nr. 7 deutet mit dem spezifisch bayerischen Begriff darauf hin, daß es sich um eine zentrale Anordnung handelt.

Die Bestandaufnahme an Feldküchen

scheint in allen Teilen des Reichs Anfang März 1932 eine besondere Rolle gespielt zu haben. In einem Sonderbefehl der Standarte 93 (Gausturm Magdeburg-Anhalt) vom 3. März 1932 heißt es: „Sämtliche in Ihrem unterstellten Verband befindlichen Feldküchen sind durch fachkundige Leute durchzusehen und

bis Montag, den 7. März, fahrfertig

instandzusetzen. Nach Instandsetzung sind die Feldküchen sofort an

ER und ER

Der ehemalige Kronprinz haben geruht, für Adolf Hitler Parole auszugeben. Er hat zu vergessen geruht, daß seine Person für 90 Prozent aller Deutschen einen reichlich komischen Beigeschmack hat. Der ehemalige Kronprinz ist der abgelebte Jüngling von ziemlich 50 Jahren, der seine große Zukunft hinter sich hat.

Seine Anfänge waren allerdings verheißungsvoll. Schon als Zwanziger machte er durch ein Patent auf Manschettenknöpfe von sich reden. Die Welt stand Kopf ob dieser epochalen Neuerung. Nur die Manschettenknöpfe waren nicht zu verwerten... Der Erfinder kam der Mitwelt darauf literarisch. Indische Jagdabenteuer schrieb er. Er hätte selbst durch die Darstellung seiner Liebesabenteuer in Danzig-Langfuhr mit diesem jämmerlichen Stil kaum Sensation machen können. Obwohl es mit der Abknallerei von Elefanten und anderen Dschungeltieren wenig zu tun hatte, versicherte Kronprinz Friedrich Wilhelm im Vorwort seines Buches, daß es seine einzige Sehnsucht sei, an der Spitze der Kavallerie gegen den Feind Attacke zu reiten — und zwar nicht im Manöver, sondern im Ernstfall! Sein kriegerischer Geist nahm zu. Als der ungekrönte König von Preußen, Herr von Heydebrand, seine kriegslüsterne Rede gegen den Reichskanzler Bethmann-Hollweg im Reichstag hielt, war es der Kronprinz, der demonstrativ aus seiner Loge dem Kriegshetzer Beifall klatschte. Dieses schöne Schauspiel nahm allerdings einen etwas demütigenden Abschluß. Der kriegsbegeisterte junge Herr mußte dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg, den er soeben noch den „elenden Bethmann“ im Freundeskreis tituliert hatte, das Pfötchen geben und ihn in aller Form um Entschuldigung bitten. Nicht dagegen brauchte er sich zu entschuldigen bei den Sozialdemokraten, die er in einer Ansprache als „Elende“ bezeichnete. Aber es war August Bebel, der im Reichstag die treffende Antwort fand, indem er gegen den Beleidiger der deutschen Arbeiterpartei die Frage erhob: „Was hat denn der junge Mann bisher eigentlich geleistet?“

Auf diese Frage hätte auch der Weiseste keine Antwort gewußt. Immerhin durfte man, als nun der Krieg ausbrach, auf die kriegerischen Leistungen des kriegssehnsüchtigen Kronprinzen gespannt sein. Man hörte zwar auch viel von einer „Kronprinzen-Armee“, doch war es genau so wie weiland im Kriege 1870/71 — der Kronprinz hatte den Oberbefehl — und die Kommandos gab ein erfahrener General! Als sich nach der verlorenen Marneschlacht die kriegerischen Lorbeeren nicht im erwünschten Maße häufen wollten, hatte der Kronprinz bald genug von dieser aufreibenden Tätigkeit, und er widmete sich in dem Quartier von Charleville mit Eifer und Erfolg der gleichen Tätigkeit, die schon seine Husarenzeit in Danzig-Langfuhr so angenehm verkürzt hatte. Er war zwar nicht krank während des Krieges, aber sehr häufig ans Bett gefesselt. Wenn auch nicht der Ruhm seiner kriegerischen Heldentaten, so hat sich doch der seiner Charleviller Abenteuer über die ganze Welt ausgebreitet. Wieder einmal konnte Deutschland sagen: „Diesen Kronprinz macht uns niemand nach.“

Man mag sich den namenlosen Absturz vorstellen, als der durch die Revolution aus den warmen Quartieren so unsanft Aufgescheuchte von den Holländern auf die öde und langweilige Insel Wiringen verbannt wurde, wo es gar keine französische Eleganz, sondern nur holländische Ländlichkeit gab. Der „Geächtete“ erfüllte nunmehr die Welt mit Jammern über sein trübseliges Schicksal. Die Regierung Stresemann gestattete ihm die Rückkehr. Allerdings war sie „vorsichtig“ genug, ihm das Versprechen abzunehmen, sich jeder politischen Betätigung zu enthalten.

Aber was ist schon ein Hohenzollernversprechen? Hat nicht Friedrich Wilhelm III. sein zu Beginn der Freiheitskriege gegebenes Versprechen gebrochen, dem siegreichen Volke eine Verfassung zu geben? Hat nicht Friedrich Wilhelm IV. seinen 1848 auf die neue Verfassung geleisteten Eid schmählich gebrochen? Hat nicht Wilhelm I. in den Konfliktsjahren sich über die von ihm beschworene Verfassung hinweggesetzt? Und da soll man sich wundern, wenn es ein ehemaliger Kronprinz aus dem Hohenzollernhaus mit seinem Wort von ehemals nicht allzu genau nimmt? Oh nein, der abgelebte junge Mann von 50 wahrt nur die vornehmste Tradition seiner Familie, indem er jetzt für Hitler Parole ausgibt. Nur eines wird ihn wundern: wie wenig Eindruck seine Paroleausgabe auf die Bevölkerung machen wird. Denn diese erblickt, wie gesagt, in dem ehemaligen Kronprinzen seit vielen Jahren eine recht komische Figur!

*

Das Berliner Acht-Uhr-Abendblatt schreibt zu dem Ausflug des Exkronprinzen in die Politik:

„Drei Damen der besten jüdischen Gesellschaft hatten, wie ganz Berlin weiß, die hohe Ehre, die besondere Auszeichnung des Schloßherrn von Oels genießen zu dürfen. Eine von ihnen, eine sehr amüsante und sportliebende Frau, fuhr einmal mit dem hohen Herrn, der selber seinen Wagen steuerte, in rasendem Tempo die Avus hinunter. „Bitte, nicht so schnell“, meinte da die reizende jüdische Freundin des Kronprinzen. „Bedenken Sie doch, kaiserliche Hoheit, wenn es ein Unglück gäbe! Wie leicht könnten da unsere Knochen verwechselt werden, so daß Ihre Knochen nach Weißensee kämen und die meinigen ins Charlottenburger Mausoleum...“

Da vermutlich Friedrich Wilhelm von Hohenzollern die Liebe streng von der Politik zu scheiden weiß, wird er wohl weiter mit den schönen Töchtern Judas flirten. Womit er allerdings im Sinne des hitlerischen Rassekanon eine Todsünde gegen das Blut begehen würde. Die Oeffentlichkeit, die ja immer viel Sinn für Humor hat, wartet gespannt darauf, wie sich Hitler und die Seinen mit diesem Rasseverrat ihres allerhöchsten Anhängers abzufinden gedenken.“

Woher kommt das Wahlgeld der Nazis?

Berlin, 6. April. (S.P.) Einer Zuschrift eines Standartenführers der Berliner SA., die sich mit der Erklärung des Exkronprinzen für Hitler befaßt, entnehmen wir, daß den Nazis aus monarchistischen Kreisen mehr als 1½ Millionen Mark zugeflossen sind. In der Zuschrift heißt es dann weiter:

„Man weiß in der NSDAP. genau, daß Hitler einen Geheimvertrag mit den Hohenzollern hat, demzufolge er sofort nach seiner Regierungsübernahme eine Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Deutschland gestatten wird. Ebenso will er einen neuen finanziellen Vergleich zu Gunsten der Hohenzollern herbeiführen. Aehnliche Versprechungen liegen für andere deutsche Fürsten vor. Nur so ist es zu erklären, daß z. B. der Großherzog von Oldenburg und Mecklenburg, wie auch der Herzog von Coburg jetzt offen für Hitler eintreten, und ihn mit großen Geldsummen unterstützen. Hitler hat wiederholt mit dem Exkronprinzen über die Frage einer monarchistischen Restauration verhandelt.

Nun weiß man wenigstens, wie man mit Hitler dran ist und die Wähler können die Konsequenzen ziehen.

die Sammelpunkte der Sturmbanne zu befördern und dort unauffällig sicherzustellen."

Auffälligerweise sind

kurz vor dem Termin für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl

noch eine Reihe anderer Anordnungen getroffen worden, die im Zusammenhang betrachtet sehr zu denken geben.

In diesem Zusammenhange erhalten auch der am 12. März im Kreise Einbeck beobachtete und unterbundene

Transport von Militärwaffen, Munition und Stahlhelmen

und die Auffindung eines schweren Maschinengewehrs und von Infanteriegewehren mit Munition bei dem Kreisleiter der NSDAP. in Salzwedel am 13. März sowie die fast tägliche Feststellung von Handfeuerwaffen bei Nationalsozialisten gerade auch in den Tagen um den 13. März ganz erhebliche Bedeutung. Am 12. März war der Polizei in Berlin eine Mappe mit Schriftstücken in die Hände gefallen, aus denen sich die Tatsache eines Befehls des nationalsozialistischen Kraftfahrkorps an den Motortruppführer Möhring ergab, bis Montag (14. März abends) beim Adjutanten der Untergruppe Ost mit seinem Wagen Dienst zu tun; es sollen Munition und Waffen gefahren werden.

*

In einer in Hannover gefundenen Aufzeichnung über den Hergang einer daselbst abgehaltenen Führerbesprechung am 8. Februar 1932 werden

als meldepflichtige Gegenstände

bezeichnet:

I.

a) **Bahnschutz:** beabsichtigter Einsatz, Bewaffnung, Stärke, Führung, Zusammensetzung (vol.).

b) **Panzerzüge:** Anzahl, Standort, Bewaffnung, beabsichtigter Einsatz, Führer (politische Einstellung), Besatzung (politische Einstellung).

c) **Bahnfunkanlagen:** Anzahl, Standort.

II.

a) **Postfernleitungen:** überirdisch (Lage), Kabel (Lage).

b) **Postfunkanlagen:** Standort, Personal (Einstellung).

III.

Flughäfen: a) offizielle, b) private, Zahl der Flugzeuge, Typen, Funkanlage.

IV.

Flußübergänge über Elbe und Weser: a) feste Brücken, b) Fähre.

Ergänzt und erläutert wird dieses Meldeschema durch einen in Göttingen gefundenen Befehl, in dem als „Arbeitsgebiet für Ic" bezeichnet werden:

„Politische Parteien aller Art, Kampfverbände, Kurierdienst aller Arten der Parteien, Gegnerpersönlichkeiten und Führer, Anschriften derselben. Zeitungsleute der Gegnerpresse, private Ueberwachung, Waffentransporte, Uebungen der Gegner.

Telegraphen-Fernsprechzentralen, Radiostationen, Verstärkeranlagen derselben (meist in Postämtern), politische Einstellung der bedienenden Personen.

Flugverkehr: Oeffentliche, private Flughäfen, Zahl der Maschinen und Typen, Einstellung der Flieger und des Hafenpersonals. Flughafen-Sende- und Empfangsstationen; Versuch an die Bedienenden heranzukommen. Notlandeplätze und Fliegerleuchtfeuer feststellen.

Postwesen erfordert große Aufmerksamkeit, wichtige Fernleitungen, z. B. solche anläßlich bedeutender Tagungen (Konferenz in Genf), überirdische Kabel von Bedeutung, unterirdische Kabel, Wasserkabel, Postfunk.

Bahnschutz, Standorte, Stärke, Führer und Bewaffnung der Abteilung; Panzerzüge, Zahlen, Führer, Standorte, Führer, Besatzung und Bewaffnung, Einsatzabsichten . . .

Die Standarte 82 hat sämtliche Brücken, Uebergänge, Furten usw. an der Leine festzustellen und an die Untergruppe zu melden."

Alle diese Vorbereitungen gewinnen ihre besondere und erhöhte Bedeutung, wenn man die in Göttingen gefundene Weisung eines SA.-Führers berücksichtigt und von dem gleichen SA.-Führer aus diesem Anlaß näher erörterten

drei Alarmstufen

für die SA. abwägt und mit diesen Vorbereitungen in Verbindung bringt:

Alarmstufe A = erhöhte Aufmerksamkeit, alles zu Hause bleiben, Befehle abwarten. Auf dem Lande: Zusammenziehen vereinzelt wohnender SA.-Männer zu den Scharen.

Alarmstufe B = Zusammenziehen der Trupps auf dem Lande; in der Stadt; Zusammenziehen der entfernt und in gefährdeten Gegenden wohnenden SA-Männer, letzte Vorbereitung für C.

Für Stäbe: Wichtigste Papiere vernichten, neue Dienststellen einrichten, Deckadressen für Meldungen. Sämtliche Verbände müssen sprungbereit sein.

Alarmstufe C = Mobilmachung. C erfordert volles Gepäck, Dienstanzug, der verdeckt mitgeführt wird, eiserne Rationen. Jeder SA.-Mann muß für mindestens drei Tage Verpflegung mit sich führen. Alles hat in Zivil zu erscheinen."

Für die Vorbereitung des Einsatzes der SA. in Auswirkung des Ergebnisses der Reichspräsidentenwahl spricht z. B. folgender Befehl 11/32 des Sturmbanners V/93 der Untergruppe Magdeburg-Anhalt in Dessau von 29. Februar 1932, worin es unter Ziffer 14 heißt:

„Dienst am Wahltag:

Jeder SA.-Mann hat sich vorher (3.—6. 3. 32) zu erkundigen, ob sein Name in der Wahlkartei eingetragen ist.

Am Wahltage hat die gesamte SA. bis spätestens mitag 12 Uhr ihrer Wahlpflicht zu genügen.

Soweit nicht Sonderbefehle ergehen, haben die Stürme nächster Tage zu melden:

1. wo am Wahltag der gesamte zusammengezogene Sturm abends 6 Uhr liegt. Anzugeben sind:

a) Sturm Nr., b) 13. 3. 32, abends 6 Uhr, c) Ort (wenn nicht am Standort des Sturms), d) Lokal . . . . des Herrn, 5) Telephonnummer, f) Stärke. Sammelt sich der Sturm in seinem Standort, ist ein Lokal zu bevorzugen, das an der Grenze des Ortes liegt (Parteigenossen oder mindestens Gesinnungsgenossen).

Der Sturm bleibt hier in höchster Alarmbereitschaft (wie am ganzen Wahltage) **liegen, marschfertig,** und hat weitere Befehle abzuwarten. Ich erinnere an ständige, unauffällige Wache für das Lokal, Sturmführer hat auf keinen Fall seinen Sturm zu verlassen und sich in unmittelbarer Nähe des Telephons aufzuhalten, andernfalls Vertretung zu stellen. Das Stabsquartier V/93 für den Wahltag wird noch bekanntgegeben. Für den Fall einer Zusammenziehung des Sturmbanners wird der Sammelpunkt in letzter Minute bekanntgegeben. Die Stürme haben sich alsdann auf kürzeste Wege in Eilmärschen an den namhaft gemachten Sammelpunkt zu begeben und dort vorschriftsmäßig unter Angabe der Stärke zu melden. Sturmführer versorgen sich inzwischen nach Möglichkeit mit Karten des westlichen Sturmbanngebietes.

Die Stürme haben sich am 13. 3. 32 wie folgt auszurüsten:

Verpflegung für 2 Tage, ordentliches Schuhzeug, Dienstanzug (in tadelloser Ordnung) verpackt, **Tornister** oder **Rucksäcke** (Schlafdecke), Handtuch, Seife und was dazu gehört."

Unter dem 9. März 1932 meldet z. B. die Untergruppe Pommern-Ost unter Ia 748/2 an die Gruppe Ost in Berlin:

„Die Alarmierung der SA. während und nach der Wahl im Falle von inneren Unruhen wurde durchgesprochen. Der Grenzfall wurde eingehend erörtert. Bericht hierüber ist an Sonderadresse abgegangen."

*

Bei der Durchsuchung eines nationalsozialistischen Büros am 17. März 1932 in Berlin wurden Skizzen über die Lagerung von

Bahnschutzwaffen auf dem Gelände des Potsdamer Güterbahnhofs

am Schöneberger Ufer gefunden, die durch genaue Beschreibung der Möglichkeiten, wie man dieser Waffen habhaft werden könne, ergänzt wurden.

In dem dem **Brieftaubenwesen** gewidmeten Abschnitt des in Stettin gefundenen Planes für ein Nachrichtennetz heißt es übrigens: „Ich möchte erinnern, daß der

Leiter des militärischen Brieftaubenwesens Parteigenosse

ist. Ich bitte, diese Notiz vertraulich zu behandeln."

Das **Blinkgerät** und seine Verwendung für den Nachrichtendienst ist Gegenstand einer längeren Dienstanweisung, deren Fassung und Beispiele die geplante Anwendung zu **nicht friedfertigen Zwecken** einwandfrei dartun. Dabei werden vier verschiedene **Blinklinien eingerichtet** — deren praktische Benutzung übrigens in der **Nacht vom 13. zum 14. März 1932** polizeilich festgestellt werden konnte.

Ueber das **Fernsprechwesen** heißt es in dem bereits erwähnten Stettiner Plan:

„Das Anschalten von Freileitungen oder Kabelkästen der RTV. (Reichstelegraphenverwaltung) sind Fertigkeiten, die einzelne Pgg. (SA. und SS.) unbedingt beherrschen müssen."

Einrichtung eines eigenen Funkverkehrs

Ueber die Herstellung und Inbetriebnahme von Kurzwellensendern ist verschiedenes bekannt geworden. Auf Anordnung der höheren Führerstellen werden ehemalige Funker ausgesucht und besondere Aus- und Fortbildung im Funkdienst vorgenommen.

Neuerdings wird der Aufstellung besonderer Spezialformationen Gewicht beigelegt. Vor allem wird die Aufstellung von **Pioniertrupps** betrieben.

Pioniere und Minenwerfer

werden auf Anfordern der höheren SA.-Einheiten namhaft gemacht, desgleichen ehemalige Flieger. Dabei ist bemerkenswert, daß die Aufstellung offenbar mit besonderer Eile betrieben worden ist und die gefundenen Unterlagen alle aus der Zeit vom Januar und Februar 1932 stammen.

Besonders aufschlußreich in dieser Beziehung ist eine viele Seiten lange bis in die kleinsten Einzelheiten sich vertiefende Ausarbeitung über den Generalmobilmachungsplan für die lebenswichtigen **technischen Betriebe der Stadt Wiesbaden.** Der Plan regelt

die militärische Besetzung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

sowie der Verkehrsbetriebe und die Sicherung und Inbetriebnahme unter besonderer Leitung der

nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation.

Selbst die zu entfernenden Beamten und Angestellten sind schon namentlich festgelegt worden und als neuer Leiter der „Pg. Reg.-Baumeister Otto Schmalbruch, zur Zeit in Braunschweig, vorgesehen. Von Bedeutung ist auch die gegebenenfalls

geplante Unbrauchbarmachung gewisser Wasserzuleitungen durch Abschalten oder Zusatz von Anilinfarben

zur Beunruhigung streikender Arbeiter.

Hitler, egal illegal legal

Der Prozeß in Kiel

SPD. **Kiel,** 6. April. (Eig. Draht.) Die erste gerichtliche Würdigung des **Nazimaterials,** das am Dienstag der preußische Innenminister Severing der Oeffentlichkeit übergeben hatte, erfolgte am Mittwoch vor dem Amtsgericht Kiel. Zur Verhandlung stand der Antrag Hitlers gegen den Hauptschriftleiter der Kieler Volkszeitung, Wurbs, dem durch Gerichtsbeschluß verboten werden sollte, zu behaupten, daß Hitler den Bürgerkrieg vorbereitet, Putschanweisungen erlassen und den Führer der SA. befohlen habe, Waffen und Lebensmittel zu requirieren, und bei der Besetzung öffentlicher Gebäude auch die Kassen mitzunehmen.

Das Urteil wird am Donnerstag verkündet.

Der Beklagte betonte, daß ihm der Legalitätsschwur Hitlers in dem Prozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere durchaus bekannt sei. Ihm seien aber auch zwei Entscheidungen des 4. Strafsenats des Reichsgerichts vom Februar und Dezember 1931 bekannt, in denen die Illegalität mindestens eines Teil der Nationalsozialisten festgestellt worden sei. Bekannt sei ihm auch die Erklärung Hitlers im Februar 1931 zu München, daß in seiner Partei nichts geschehe, was er nicht wisse und wünsche. Daran müsse man denken bei der Beurteilung des Boxheimer Dokuments, dessen Verfasser sich noch heute der Protektion Hitlers erfreut und vor allem bei der Beurteilung des Materials über die Ergebnisse der Haussuchungen in Preußen und Bayern. Hitler mache sich durch seine Erklärung ohne weiteres verantwortlich für das, was in seiner Partei geschieht. **Er sei infolgedessen auch verantwortlich für die Bürgerkriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten vor dem 13. März.** Für jeden Publizisten entstehe nach den Enthüllungen des preußischen Ministers des Innern die Frage, was mehr gilt: Die von den Behörden beschlagnahmten Dokumente oder Hitlers Eid vor eineinhalb Jahren. **Jede politische Schlußfolgerung aus amtlichem Material wird unmöglich, wenn dem Antrag Hitlers stattgegeben werden sollte.** Die Behauptung Hitlers, daß er Illegalitäten in seiner Partei niemals dulden werde, wird widerlegt einmal durch die Tatsache, daß die Verfasser der Boxheimer Dokumente noch heute Führer der Nazis seien, aber auch durch den **Mörder Heines,** der sogar ein besonderes Paradepferd der Nationalsozialisten sei. **Nicht ein einziger der der Illegalität überführten Nazi sei bisher aus der Partei ausgeschlossen worden.** Diese Tatsache habe im Dezember 1931 den Reichskanzler bewogen, die Legalität der Nationalsozialistischen Partei zu bestreiten. Das gleiche machen jetzt die preußischen und bayerischen Minister, so daß gegen deren unbestreitbaren Beweise alle Legalitätsbeteuerungen Hitlers verschwinden. **Hitler sei voll verantwortlich für die Vorbereitungen der Nazis zum Bürgerkrieg und sein Antrag sei deshalb abzulehnen.**

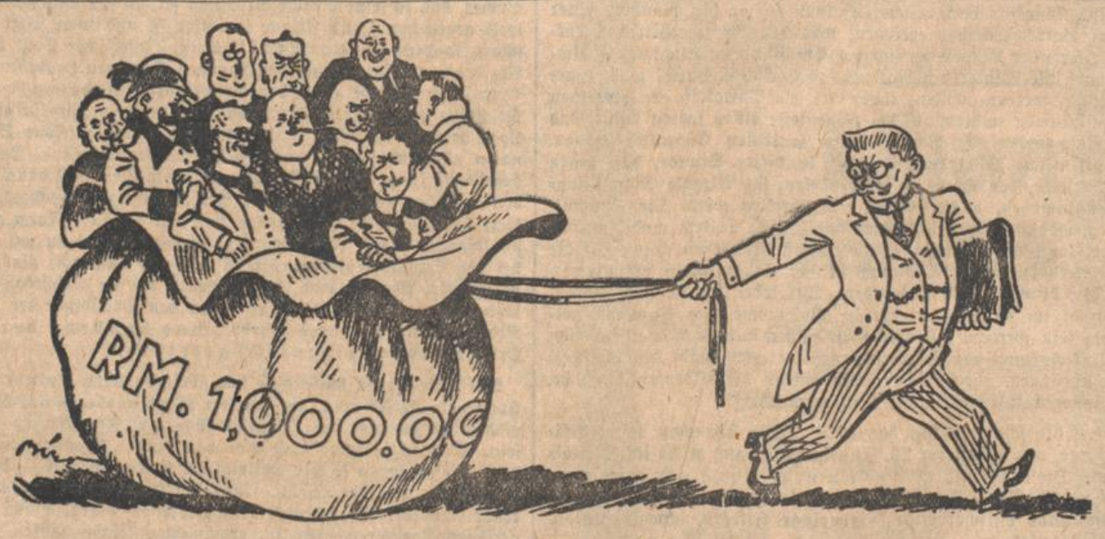
Interessant war die Verteidigung des Anwalts von Hitler, der immer wieder aufgeregt schrie, daß die nationalsozialistische Partei die Echtheit der Dokumente und die Wahrheit der Enthüllungen des Ministers Severing bestreite. Viel schwerer als alles wiege der Eid Hitlers, der am Dienstag abend von Berlin aus eine weitere eidesstattliche Erklärung übermittelt habe, in der es heißt: „Ich, der unterzeichnete Führer der NSDAP., Adolf Hitler, versichere folgendes an Eidesstatt": Und nun erklärt er, daß die Angaben der Kieler Volkszeitung über die Bürgerkriegsvorbereitungen falsch seien. Er sei legal, er bleibe legal und auch seine Partei sei legal.

Das Urteil über den Antrag wird am Donnerstag verkündet.

Naziüberfall auf Reichsbanner

Chemnitz, 6. April. (Eig. Draht.) In der Nacht zum Dienstag kam es in Chemnitz wieder zu Schlägereien. Im Ortsteil Gösa wurde ein Trupp Reichsbannerleute, der friedlich aus einer Versammlung heimkehrte überfallen und aus dem Hinterhalt beschossen. Ein Reichsbannerkamerad erhielt einen Brustschuß, ein zweiter ein Oberarmschuß und ein dritter einen Handstreifschuß. Die Verfolgung der Mordbuben, die sofort mit Hilfe der Polizei aufgenommen wurde, hatte Erfolg. Drei Nationalsozialisten wurden als Täter festgenommen.

Den zweiten Ueberfall verübten zu gleicher Zeit im Ostteil der Stadt Kommunisten auf Nationalsozialisten. Zwei Nationalsozialisten wurden durch Schüsse verletzt.



Das ist Hugenbergs Wahlfonds!

Nazis beschießen Sozialdemokraten

WTB. Leipzig, 7. April. Gestern abend kam es im Vorort Mockau zu einer schweren politischen Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, wobei von den Nationalsozialisten drei bis vier scharfe Schüsse abgegeben wurden. Zwei SPD.-Leute mußten mit Steckschüssen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Auch ein zufällig vorüberfahrender Personenkraftwagen wurde beschossen. Ein Nationalsozialist mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. In der Wohnung eines anderen an dem Zusammenstoß beteiligten Nationalsozialisten wurden drei Gewehre, ein Seitengewehr und verschiedene Munition gefunden. Der Nationalsozialist wurde festgenommen.

Immer noch neue „SA. General-Appell"

Schneidemühl, 6. April. (Eig. Draht.) In Prützenwalde, Kreis Schlochau, fand in einer der letzten Nächte ein Generalappell der gesamten nordgrenzmärkischen SA. statt. Auf dem Gute einer Frau Weise, bei der sich seit geraumer Zeit der SA.-Führer Marx aufhält, wurden die Sturmabteilungen planmäßig zusammengezogen. Mit Motorrädern, Lastautomobilen, Personenautos wurden die Mannschaften herangeschafft, ohne daß eine Genehmigung dazu vorgelegen hätte. Die einzelnen Trupps waren militärisch ausgerüstet. Das Gut war durch Posten gegen Unbefugte gesichert.

Von den Teilnehmern war zu erfahren, daß es sich bei der Zusammenziehung um einen großen Generalappell gehandelt habe. Er bezweckte, die Brauchbarkeit der rund 500 Mann starken SA. für den Ernstfall festzustellen.

Aufruf des Zentrums

Die Deutsche Zentrumspartei verbreitet einen Aufruf zur Hindenburgwahl, in der es u. a. heißt:

Am 10. April wird der Sieg Hindenburgs vollendet! Die Gefahr des Augenblicks ist die Saumseligkeit bei denjenigen, die im ersten Wahlgang ihre Pflicht getan. Die Erreichung des Wahlzieles erfordert, daß niemand aussetzt, niemand zurückbleibt. Darum darf keine einzige Stimme am 10. April fehlen. Es gilt, neue Stimmen zu werben in den Städten und Dörfern. Hindenburg muß siegen, weil Deutschland leben will!

Freistaat Baden

Aufhebung eines SA.-Heimes in Baden

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: In der Nacht vom 12. zum 13. März 1932 haben in Ittersbach (Amt Pforzheim) Mitglieder der SA. Weiler und Dietlingen schwere Ausschreitungen verübt. Diese Vorkommnisse haben zu einem Strafverfahren wegen Landfriedensbruch geführt. Es hat sich ergeben, daß die Ausschreitungen ihren Ausgangspunkt von dem SA.-Heim der NSDAP. Ittersbach genommen haben und von dort aus ohne Zweifel planmäßig vorbereitet worden sind. Weiter ist festgestellt, daß sich die SA. in jener Nacht auch nach den begangenen Ausschreitungen dort zusammenfand und das SA.-Heim bis zum Tagesanbruch besetzt war. Alle diese Momente haben Veranlassung gegeben, dieses SA.-Heim auf Grund der 3. Notverordnung des Reichspräsidenten polizeilich zu schließen.

Der Führer am Verleumdungspranger

Dr. Wacker wegen Beleidigung des Genossen Dr. Hilferding zu 600.— Mark Geldstrafe verurteilt.

=o.= Vor dem großen Schöffengericht in Karlsruhe stand der Hauptschriftleiter des Führer, Dr. Otto Wacker unter der Anklage der Beleidigung des früheren Reichsfinanzministers Dr. Hilferding.

In einem Artikel vom 12. März 1931 brachte der Führer eine Nachricht, die er dem „Bahnhofswirt" entnommen hat und worin wieder einmal die Behauptung aufgestellt war, daß der Genosse Hilferding von der Firma Reemtsma G.m.b.H. als Aufsichtsrat den Betrag von 120 000 Mark erhalten habe. In großer Aufmachung ging diese Nachricht durch den gesamten Naziblätterwald, die alle mit mehr oder weniger Aufschneiderei diese ungeheure Schwindelnachricht ihren begierigen Lesern vorsetzten. Der Führer tat damit sein Besonderes. Auf der ersten Seite als Sensationsnachricht mit vier Zeilen Ueberschrift berichtete er seiner erstaunten Leserschar von neuer „marxistischer Korruption und von den horrenden Tantiemen, die ausbezahlt wurden."

Genosse Hilferding sandte dem Führer eine Berichtigung in der festgestellt wurde, daß er niemals mit der Firma in irgendwelcher Beziehung gestanden habe und infolgedessen auch niemals einen Pfennig habe erhalten können. Diese Berichtigungen brachte der Führer aber nur mit einem Rattenschwanz von Kommentar. Der für keine Gemeinheit zu geringe Redakteur bemerkte: „Nun ja, wenn er bis heute noch nichts bekommen hat, so wird Hilferding das eben noch zu erwarten haben". Nach allerlei sonstigen Verbiegungen und Verdrehungen wurde die gleiche Behauptung wieder aufgestellt und der Reichsfinanzminister a. D. Hilferding stellte nun endlich gegen dieses Lügenblättchen Strafantrag. Vor einer Reihe deutscher Gerichte wurde diese Schwindelnachricht von der erlassenen Steuerschuld als absolut unwahr festgestellt und die betreffenden Zeitungen verurteilt. Der Karlsruher Fall zeigt aber eine besondere Art von Ehrenmännern. Nachdem nämlich einwandfrei festgestellt wurde, daß auch nicht ein Wort von den ganzen Behauptungen wahr sei, erdreistete sich der Dr. Wacker gestern in der Verhandlung auf die Frage des Vorsitzenden, „ob er zugebe, daß alles was er geschrieben habe, unwahr sei" zu erklären, „es sei ihm nicht möglich die Wahrheit nachzuprüfen". Eine größere Gemeinheit leistet sich wohl selten jemand.

Mit Recht ging deshalb das Gericht erheblich über die sonst ausgesprochenen Strafen hinaus und verurteilte Dr. Wacker zu einer Geldstrafe von 600.— Mark, einschließlich der Kosten. Auch hat die Urteilsverkündung im Volksfreund zu erscheinen, im Führer an derselben Stelle, in gleicher Aufmachung wie die Verleumdung verbreitet wurde.

Die Arbeiterzeitung verwarnt

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Die in Mannheim erscheinende kommunistische **Arbeiterzeitung** brachte in Nr. 77 vom 2. April d. J. unter den Ueberschriften „Zollbehörde verbrennt Konserven; Zentnerweise Lebensmittel vernichtet, während Millionen hungern," folgende Ausführungen:

„Die Firma Gräbener-Karlsruhe hatte von einer italienischen Firma eine Sendung Konserven, Inhalt Tomatenpuré, erhalten. Die Firma wies, weil auf dem Transport mit der Eisenbahn in dem Waggon ein Brand ausgebrochen war, und ein Teil der Sendung durch den Brand beschädigt wurde, die ganze Sendung zurück. Es wurde ein Prozeß geführt, den die italienische Firma verlor.

In der Zwischenzeit lagerte die Sendung bei der Zollbehörde in Karlsruhe. Am 31. März, abends zwischen 17. und 18. Uhr, fuhr ein Lastwagen mit Anhänger, jedenfalls im Auftrage des Zollamts, schwer beladen mit Konserven nach Daxlanden zur Schuttabladestelle. Dort wurden die Konserven, die in Kisten verpackt waren, mit Benzin übergossen und verbrannt. Zwei Zollbeamte hielten dabei die Wache, das Auto nahm vier Kisten der Ladung wieder mit retour; es scheint also, daß die Konserven noch gut erhalten waren, was auch von Augenzeugen, erwerbslosen Arbeitern, bestätigt wurde, die verschiedene Büchsen aufmachten und feststellten, daß der Inhalt in genießbarem Zustand war."

Hier ist zu bemerken: Diese Ausführungen **widersprechen** dem wahren Sachverhalt. Nach einer Mitteilung des Landesfinanzamts wurde vor der Vernichtung der Konserven in Erwägung gezogen, ob diese Lebensmittel den Einrichtungen der Wohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt werden könnten; eine Untersuchung der Konserven auf ihre Brauchbarkeit habe jedoch ergeben, daß sie großenteils **unbrauchbar und für den menschlichen Genuß ungeeignet** gewesen seien. Mit Rücksicht auf die damit verbundene Möglichkeit einer gesundheitlichen Gefährdung glaubte das Landesfinanzamt, sich **nicht der Gefahr** aussetzen zu dürfen, **verdorbene Waren dem menschlichen Genuß zugänglich zu machen.** Diese Sachlage **rechtfertigte die Vernichtung** der Konserven.

Da der erwähnte Zeitungsartikel, besonders im Hinblick auf die derzeitigen gespannten wirtschaftlichen Verhältnisse geeignet ist, auf weite Kreise beunruhigend einzuwirken, wurde der Verleger der Arbeiterzeitung gemäß der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 18. März 1931 und vom 10. August 1931 **verwarnt.** Er wurde ferner darauf hingewiesen, daß im Wiederholungsfall ein Verbot der Arbeiterzeitung ausgesprochen wird.

Was sich ein Karlsruher Hochschuldozent leistet?

Was gedenkt das badische Unterrichtsministerium zu tun?

Der Bad. Beobachter teilt mit:

„Wie wir nachträglich erfahren, hat der **Privatdozent Dr. Weigel** an der **Techn. Hochschule in Karlsruhe** in einer nationalsozialistischen Versammlung in **Ettlingen** behauptet: als **Erzberger** mit **General Foch** im Walde von Compiegne verhandelt habe, hätte dieser ihm zunächst das Zugeständnis gemacht, daß Deutschland eine Friedenswehr von 200 000 Mann behalten dürfe. Foch erzähle in seinen Memoiren, daß er in diesem Punkte mit dem stärksten Widerstand der deutschen Unterhändler gerechnet habe, und daß er mit sich schon einig gewesen sei, auf diesen Widerstand hin den Deutschen bis auf eine Friedenswehrstärke von 500 000 Mann nachzugeben. Was habe aber dieser Erzberger getan: Er sagte, Herr General, die 200 000 Mann sind noch zu viel, und habe dann selbst dem General Foch eine Friedensstärke von nur 100 000 Mann angeboten. Jedem deutschen Kinde müßte als Erstes gesagt werden: Sieh, das ist der „Schwarze Mann", der Deutschland verraten hat.

Die Gemeinheit, mit der hier ein verstorbener Politiker verleumdet wird, kann schlechthin **nicht überboten** werden. Jedes Wort, das der Herr Privatdozent Dr. Weigel hier gesprochen hat, ist eine **faustdicke Lüge.** Die Kriegserinnerungen des Marschalls Foch enthalten **kein Wort** aus diesem angeblichen Vorgang."

Was gedenkt das Unterrichtsministerium gegenüber diesem so „zuverlässig" arbeitenden „national" äußerst merkwürdigen Herrn zu tun?

Die Hitlerwelle in Theorie und Praxis

So sehen die nationalsozialistischen Versammlungen in Wirklichkeit aus

Der nationalsozialistische Führer macht großes Geschrei von den überfüllten Versammlungen der Nationalsozialisten. In Wirklichkeit liegen jedoch die Dinge ganz anders und es zeigt sich, daß bei den Nationalsozialisten seit dem 13. März großer Katzenjammer herrscht und sich viele ihrer bisherigen Anhänger jetzt scheu in die Ecke drücken und nichts mehr von dem Rummel wissen wollen. Das deutsche Volk ist aus dem Katzenjammer erwacht, nachdem es bis zum 13. März von den Hakenkreuzlern besoffen gemacht worden ist. Wie stark die Ernüchterung über die Nationalsozialisten in Wirklichkeit geworden ist, zeigt folgende Feststellung der Frankfurter Zeitung über eine Goebbelsversammlung in Frankfurt am Main. Das Frankfurter Blatt stellt fest:

„In der letzten Nummer seines Angriff hatte Herr Dr. Goebbels ein herrliches Bild entworfen von der Wahlreise, die er anzutreten gedenke, und dabei schon als Prophet geschildert, wie er „in der großen Festhalle in Frankfurt am Main über 25 000 Menschen" seine berauschende Rhetorik ergießen werde. Kaum mehr als der vierte Teil dieser Hörerzahl hatte sich eingefunden, und wie viele haben Herrn Goebbels bald wieder verlassen! Mögen daran auch die Wähler am kommenden Sonntag sich ein Beispiel nehmen und zur Besinnung gelangen".

So sieht also in Wirklichkeit die angebliche Begeisterung über die Hitlerkandidatur aus, und man bekommt eine Vorahnung, wie stark die Niederlage sein wird, die Hitler am 10. April erleiden muß. Deshalb alle Männer und Frauen auf zum Kampfe mit der Parole: Schlagt Hitler, wählt Hindenburg!

Wie ER lügt!

Herr Dr. Isidor Goebbels schildert in seinem Angriff (2. April) mit begeisterten und begeistern-sollenden Worten die bevorstehende nationalsozialistische Versammlungswelle, die den Sieg Hitlers doch noch erzwingen könne; „wir wären keine Nationalsozialisten, wenn wir anders dächten!".

Um diesen „Sieg" zu erkämpfen, wird der „Führer während der kommenden Woche eine **Million Menschen** in unmittelbarer Rede in seinen Versammlungen erfassen."

Eine Million Menschen in Hitlers Versammlungen? Ja, die Ueberschrift lautet sogar: „Millionen werden Hitler in dieser Woche sprechen hören!"

„Millionen?" Das sind doch wenigstens zwei Millionen, bescheiden gerechnet, im Laufe von sieben Tagen. Das aber macht nach Adam Riese pro Abend und Versammlung

zweihundertfünfundachtzigtausend Menschen!

Wo kriegen, von den Menschen ganz abgesehen, die Nazis die Säle her für **jeweils mehr als eine Viertel Million Zuhörer?** Der größte Saal Deutschlands, die Westfalenhalle in Dortmund, faßt knapp 20 000 Mann, das sind im günstigsten Falle noch nicht einmal zehn Prozent.

Die übrigen mindestens neunzig Prozent aber hat Herr Isidor Goebbels aus dem Hause Friedland hinzugelogen!

Die Regierung muß die Wahlfreiheit schützen

Präsidentenwahl unter Terror?

Ein geheimes Rundschreiben des Gauleiters Robert Wagner zum 2. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen

Der günstige Wind weht uns ein unterm 4. April 1932 vom Gauleiter Robert Wagner der Nationalsozialistischen Partei Badens erlassenen „Rundbrief" (Buchdruckerei J. J. Reiff, Karlsruhe) an alle nationalsozialistischen „Parteigenossen und Parteigenossinnen" mit dem Vermerk „An den Empfänger persönlich abzugeben" auf den Tisch.

Eingangs unternimmt der Rundbrief eine Kanonade gegen die Verbote nationalsozialistischer Hetzblätter und Hetzflugblätter, die jedoch, wie selbst politische Kinder einsehen, völlig daneben geht, nachdem die in diesen Tagen von der preußischen und der bayerischen Regierung veröffentlichten Dokumente über die Putschpläne der Nationalsozialisten gelegentlich der Präsidentenwahl jedermann die Erkenntnis aufzwingen, wie notwendig es war, der Volksverhetzung der Nationalsozialisten und dem Treiben der Braunhemdhorden Einhalt zu gebieten. Wie recht die Regierung daran tut, gegen diese Volksverhetzung vorzugehen, zeigt Herr Wagner selbst, indem er in diesem Flugblatt schon wieder neue Schwindelmeldungen über angeblich bevorstehende Verordnungen an den Mann zu bringen sucht, trotzdem die Reichsregierung dieser Tage energisch und auf das entschiedenste diese Schwindeleien der Nationalsozialisten Lügen gestraft hat.

Ueber diese Verhetzung hinaus bringt jedoch dieser geheime Rundbrief des Gauleiters der Nationalsozialistischen Partei Badens eine Ankündigung, die zeigt, welche Mittel die Nationalsozialisten beim zweiten Wahlgang anzuwenden gedenken, um ihren schwindenden Kredit zu erhöhen. In dem Flugblatt heißt es unter Punkt 3 und unter Punkt 6 wörtlich:

Jedes Mitglied sammelt mit der „NS.-Wählersammelliste" mindestens 25 Unterschriften von Hitlerwählern. Damit ist im wesentlichen die Hausagitation zu verbinden. Es muß sich aber auch jedes Mitglied zur Aufgabe machen, mindestens 25 Wähler an die Wahlurne zu bringen. Der Schleppverdienst ist so vorzubereiten, daß uns keine Stimme entgeht. Diese letzte Arbeit vor der Wahl ist diesmal von besonderer Bedeutung."

Nach diesem geheimen Rundbrief beabsichtigt also die Nationalsozialistische Partei, den zweiten Wahlgang zur Präsidentenwahl mit einem Terror auf die Wähler und Wählerinnen zu begleiten, der unerhört und ohne Grenzen ist. Der versinkende Stern des Hakenkreuzes soll allem Anschein nach mit Gewalt vor dem völkischen Zusammenbruch gerettet werden. Die Nationalsozialisten wissen, daß die Stunden gezählt sind, mit denen sie ihren Rattenfängergesang vor den breiten Volksmassen und unter Gewaltanwendung vollführen konnten. Sie wissen, daß die Parole, die sie gegenüber der Volksmehrheit anwenden wollten, jetzt ihnen gegenüber gilt: Schluß jetzt!

Das badische Volk ist nicht gewillt, diesen Terror gleichmütig hinzunehmen. Wir erwarten jedoch von der badischen Regierung, daß sie rechtzeitig und rücksichtslos in der Stadt und vor allem auch auf dem Lande alle Maßnahmen trifft, um diesen Terror zu verhindern. Das Volk will am 10. April in Freiheit seine Stimme abgeben und nicht unter dem Terror der Braunhemden. Das glücklicherweise an die Oeffentlichkeit gelangte Rundschreiben ist eine Mahnung an die Regierung und an das Innenministerium, auf dem Posten zu sein und den Schutz der freien Wahl zur Präsidentschaftswahl zu sichern.

1000 besoldete Spitzel der Nazireichsleitung

Berlin, 6. April. (SP.) Aus dem bei der preußischen Polizeiaktion gegen die Nationalsozialisten gefundenen Material ergibt sich u. a.,

daß die Reichsleitung der NSDAP. in München nicht weniger als 1000 besoldete Spitzel unterhält.

Die Bezahlung dieser Spitzel erfolgt aus einem besonderen Fonds mit recht beträchtlichen Mitteln. Ihre Tätigkeit ist in München zentralisiert. Jeder Spitzel wird als Nummer geführt und hat seine Berichte nicht mit seinem Namen sondern mit der betreffenden Nummer zu versehen. Die Berichte, die den Nachrichtendienst der SA. bis nach München durchlaufen, dürfen von den Eingangsstellen nicht mit Bemerkungen versehen werden, damit falls solche Berichte in unrechte Hände fallen, wie es in einer Anweisung eines Gruppenführers an einen Nachrichtenleiter heißt, keinerlei Anhaltspunkte gegeben seien. Es genüge, wenn der oberste SA.-Führer die Nummer und damit den Absender der Berichte kenne.

Reichskanzler Brüning in Erfurt

WTB. **Erfurt,** 6. April. Reichskanzler Dr. **Brüning** sprach am Mittwoch nachmittag in einer großen Wahlversammlung im Reichshallentheater in Erfurt. Der Kanzler wandte sich der Agitation der Nationalsozialisten zu und erklärte, wenn man Millionen von Menschen in das Reich der Träume reiße, so müsse es bei den Anhängern dieser Partei später einen **Rückschlag** geben, dessen keine Staatsgewalt mehr Herr werden würde.

Angesichts der Behauptung, daß die Reichsregierung neue Beamtengehaltskürzungen vorhabe, verwies der Kanzler darauf, daß die Reichsregierung kein Interesse an neuen Gehaltskürzungen oder an einem Abbau der sozialen Leistungen habe und daß sie alles daransetzen werde, die Politik so zu leiten, daß neue schwere Opfer möglichst vermieden werden. Wir haben — so führte er aus — wiederholt die Erklärung abgegeben, daß wir nicht daran denken, neue Maßnahmen im Sinne einer allgemeinen Deflationspolitik zu ergreifen, weil wir der Ansicht sind, daß **die Kaufkraft der breiten Masse der Konsumenten schon zu sehr geschwächt worden** ist, und daß diese Schwächung dazu führt, daß beispielsweise trotz aufs höchste gesteigerter Lebensmittelzölle keine Preise erzielt werden können, wie sie der Landwirt wünsche, und daß es nur möglich geworden ist, die Getreidepreise durch Maßnahmen der Zollpolitik so hoch zu halten, daß die deutsche Landwirtschaft nicht zerbricht.

Nazilügen über neue Notverordnung

WTB meldet: In der in Braunschweig erscheinenden Niedersächsischen Hitlerzeitung Nr. 3 vom 27. März wird in einem Artikel „Neue Notverordnungen" die Behauptung aufgestellt, daß Dr. Brüning am 25. April eine neue Notverordnung dem Herrn Reichspräsidenten vorlegen werde. Die gleiche Behauptung hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Strasser in einer Rede am 4. April in Kassel aufgestellt, worin er von „einer 10prozentigen Gehaltskürzung und einer unerhörten Kürzung der Renten und Arbeitslosenunterstützungen" spricht. Die von Herrn Strasser und in dem genannten Artikel aufgestellten Behauptungen entbehren jeder tatsächlichen Grundlage und beruhen auf freier Erfindung. Die etatsrechtlichen Maßnahmen, die für das Vierteljahr April—Juni 1932 notwendig wurden, sind in der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom März 1932 vorgesehen.

Vorarbeiten zu einer weiteren neuen Notverordnung sind nicht im Gange. Daß es mit Hilfe von Sparmaßnahmen gelingen wird, den Etat 1932 in Ordnung zu bringen, hat bereits der Reichsminister der Finanzen öffentlich ausgesprochen.

*

Gerüchtweise wird behauptet, die Reichsregierung wolle die Einkommensteuer für 1931 durch die geleisteten Vorauszahlungen nicht erstatten, weiter sei beabsichtigt, am 10. April 1932 eine weitere Vorauszahlung auf die Einkommensteuer zu erheben. Diese Gerüchte entsprechen **in keiner Weise den Tatsachen.** Die Termine für die Einkommensteuervorauszahlungen sind durch die Notverordnung vom 7. Dezember 1931 und die Verordnung vom 5. März 1932 um je einen Monat vorverlegt worden, die nächste Einkommensteuerveranlagung wird ordnungsmäßig durchgeführt werden, überzahlte Vorauszahlungen werden nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften erstattet werden."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Nicht locker lassen!

Von Paul Löbe, Präsident des Reichstags

Es darf kein Nachlassen unserer Kräfte geben, wenn das Ziel, Herrn Hitler eine zweite kräftige Niederlage zu bereiten, erreicht werden soll. Wir brauchen diese zweite Niederlage für ihn vor den Preußenwahlen.

Wer steht gegen uns? 11,3 Millionen Hitlerstimmen und 2,5 Millionen, die für Düsterberg abgegeben wurden, zusammen nahezu 14 Millionen, gegen 18,6, die Hindenburg erhielt. Herr Hitler hat sich am Tage nach dem 13. März sofort die Düsterbergstimmen zugezählt und er hat dazu ein Recht, trotz aller Winkelzüge Hugenbergs. Herr Hitler meinte, es müßte gelingen, der Hindenburgfront 2,5 Millionen Stimmen abzunehmen, also die Seinigen auf 16,5 Millionen zu vermehren, die Hindenburgs auf 16 Millionen zu vermindern. Vielleicht rechnet er dabei auch noch auf abgesplitterte Thälmannstimmen.

Dieses Exempel ist es, das die deutschen Wähler ihm ausreden müssen. Wie aber kann es geschehen?

Auf die Düsterbergstimmen kann Herr Hitler, wie schon gesagt, ziemlich sicher rechnen. Wer zu Hugenberg hält, ist für Hitler reif. Früher mag die Meinung gegolten haben, Hugenberg sei die mehr kapitalistische, Hitler die etwas sozialere Richtung der deutschen Reaktion. Die Zeiten sind vorüber. Seit Herr Hitler sich das Wohlwollen der Stahl- und Eisenkönige in geheimen Konferenzen in Düsseldorf, Essen, Hamburg und Leipzig errang, ist auch er ein Sachwalter schwerkapitalistischer Interessen. Seit Graf Eulenburg in Ostpreußen mitteilen konnte, Herr Hitler habe ihm die Erklärung abgegeben, Siedlungsland werde im Dritten Reich nicht dem deutschen Großgrundbesitz abgenommen, überhaupt nicht innerhalb der jetzigen Grenzen Deutschlands gesucht, ist Hitler auch der Liebling des ostelbischen Großgrundbesitzes. Nicht umsonst rufen der Herzog von Coburg, der Graf von der Goltz und Herr von Kalckreuth vom Landbund zu Hitlers Wahl am 10. April auf. Ueber diese Front brauchen wir uns also nicht im Zweifel zu sein, wir müssen mit 11,3 plus 2,5 gleich 3,8 Millionen und vielleicht einigen Thälmannstimmen für Hitler rechnen.

Und trotzdem kann den Rittern vom Hakenkreuz eine neue gründliche Enttäuschung bereitet werden. Aber es ist nur möglich, wenn der mustergültige Korpsgeist der sozialdemokratischen Arbeiter sich auch diesmal bis zum letzten Mann auswirkt und die Wähler Hindenburgs aus den anderen Lagern in gleicher Weise ihre Pflicht tun. Es bedarf heute keines Beweises mehr, welche politische und wirtschaftliche Katastrophe eintreten müßte, falls ein Sieg Hitlers denkbar wäre. Zwar hat er am Tage der Wahl, als er sich einbildete, er stehe vor den Toren der Macht, kleinlaut erklärt, die Notverordnungen könne er nicht ohne weiteres abschaffen, solange nichts anderes an ihre Stelle getreten wäre! Zwar hat er ebenso tapfer erklärt, den Vertrag von Versailles und den Youngplan könne er nicht zerreißen, solange nicht die übrigen Unterzeichner in einer neuen Konferenz ihre Zustimmung geben. Er hat also im voraus verleugnet, was er seinen Wählern als Erfolg ihres Sieges tausendmal in Aussicht stellte. Aber die Wirkung davon ist, daß ihm im In- und Auslande überhaupt kein ernsthafter Mensch mehr glaubt und man sich besonders draußen auf jede abenteuerliche Ueberraschung einrichtet. Also völliger Zusammenbruch der Wirtschaft, die Zerschlagung jeder Besserungsaussicht, die Verschärfung der Krise zur Katastrophe müßte die Folge eines nationalsozialistischen Sieges sein.

Wie aber ein Erfolg der Hakenkreuzler innenpolitisch ausgenützt werden soll, das sagt recht deutlich der Antrag Frick und Genossen unter Nr. 1741 der Drucksachen des Reichstages, von dem wir nur einige gravierende Paragraphen hier wiedergeben. Sie lauten:

§ 2. Wer den sittlichen Grundsatz (!) der allgemeinen Wehr- oder sonstigen Staatsdienstpflicht der Deutschen in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise bekämpft, leugnet oder verächtlich macht, oder wer für die geistige, körperliche oder materielle Abrüstung des deutschen Volkes wirbt, oder wer zur Kriegsdienstverweigerung oder zu sonstigen die Landesverteidigung gefährdenden Maßnahmen auffordert, oder wer sich selbst der gesetzlichen Pflicht zur persönlichen Dienstleistung entzieht, oder wer die Wehr- oder Dienstpflichtentziehung, Meuterei oder Fahnenflucht billigt oder verherrlicht, oder wer an einer Vereinigung oder Verabredung wehrfeindlicher Bestrebungen teilnimmt, oder wer sonst es unternimmt, die Wehrkraft oder den Wehrwillen (!) des deutschen Volkes zu untergraben, wird wegen Wehrverrats mit dem Tode bestraft.

§ 3. Wer öffentlich in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise Deutschlands Alleinschuld oder Mitschuld (!) am Weltkrieg behauptet, oder wer neue, auf der Kriegsschuldlüge beruhende Lasten oder Verpflichtungen übernimmt oder anerkennt, oder wer sonstwie unter Mißbrauch der verfassungsmäßigen Lehr-, Preß- oder Versammlungsfreiheit oder unter lauter Regierungsgewalt es unternimmt, Lebensinteressen des deutschen Volkes zu schädigen, oder den Willen zur politischen und kulturellen Selbstbehauptung des deutschen Volkes zu lähmen (!) oder zu zerstören, wird wegen Volksverrats mit dem Tode bestraft.

§ 4. Wer es unternimmt, deutsches Volkstum und deutsche Kulturgüter, insbesondere deutsche Sitten und Gebräuche zu verfälschen oder zu zersetzen oder fremdrassigen Einflüssen auszuliefern, wird wegen Kulturverrats, wer es unternimmt, deutsche Wirtschaftsmacht (Grundbesitz, Erfindungen, Produktionsstätten) oder deutsche Arbeitskraft an fremde Mächte (internationale Interessenten) zu verschachern, wird wegen Wirtschaftsverrats mit Zuchthaus bestraft.

§ 5. Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes zum Schaden der Nation künstlich zu hemmen oder in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise solche Bestrebungen fördert, oder wer durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft oder farbigen Rassen zur rassischen Verschlechterung und Zersetzung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht, wird wegen Rassenverrats mit Zuchthaus bestraft.

§ 6. Wer lebende oder tote deutsche Nationalhelden, Heerführer oder Inhaber der höchsten deutschen Tapferkeitsorden (!), wer das Andenken Kriegsgefallener oder Schwerkriegsverletzter, oder wer die frühere oder die jetzige deutsche Wehrmacht oder Abzeichen oder Symbole der Landesverteidigung, insbesondere Ehrenzeichen, Uniformen (!), Flaggen, oder wer die Nationalhymne öffentlich beschimpft, verächtlich macht oder in Aergernis erregender Weise mißachtet, oder wer Kriegsdenkmäler oder Ehrenfriedhöfe oder Denkmäler deutscher Nationalhelden zerstört, beschädigt oder in deren Nähe beschimpfenden Unfug verübt, oder wer auf andere Weise (!) Ehre, Würde und Ansehen der Nation besudelt, wird mit Zuchthaus und in Fällen, die von besonderer Roheit und Gemeinheit der Gesinnung zeugen, daneben mit körperlicher Züchtigung bestraft.

Der Antrag besagt weiter, daß in besonders schweren Fällen an Stelle des Zuchthauses die Todesstrafe, in besonders leichten, an Stelle der Hinrichtung Zuchthausstrafe treten kann, und daneben auch noch Vermögenseinziehung und Verbannung! Die Urteile werden von einem Sondergerichtshof gefällt. Immunität der Abgeordneten wird aufgehoben.

Gibt es einen vernünftigen Menschen, der diese bestialischen Absichten, die in den amtlichen Drucksachen des Reichstags niedergelegt sind, in Deutschland verwirklichen lassen will?

Diesen Gesellen muß am 10. April ein zweiter kräftiger Schlag bereitet werden. Damit das In- und Ausland sieht, wie das deutsche Volk über solchen Irrsinn denkt! Damit die Konjunktur- und Phantasiemitläufer, die aus Berechnung oder mangelnder Intelligenz ihren nationalsozialistischen Stimmzettel abgeben, eine zweite Ernüchterung erfahren! Wir brauchen diese zweite Niederlage für den Wahlkampf in Preußen und in den andern Ländern doppelt notwendig.

Deshalb: Nicht locker lassen! Keine Müdigkeit vorschützen! Sich nicht in Sicherheit wiegen! 14 Millionen gilt es zu schlagen! Kein Mann, keine Frau darf zu Hause bleiben. Holt aus zum zweiten Schlage, er muß so sitzen, daß er die Gegner betäubt, die den Sieg schon vor vier Wochen in der Tasche hatten.

Moskauer Attentatsprozeß

Todesurteil im Moskauer Attentatsprozeß

WTB. Moskau, 6. April. In dem Prozeß gegen Stern und Wassiljew wegen des Attentats auf den deutschen Botschaftsrat von Twardowski wurde heute in früher Morgenstunde das Urteil verkündet. Es lautete auf Todesstrafe für beide Angeklagte. Das Urteil ist rechtsgültig.

Vor der Verkündung des Urteils führte Volkskommissar Krylenko aus, das Attentat sei **durch eine Warschauer sowjetfeindliche Terrororganisation veranlaßt** worden. Wassiljew habe bereits seit 1928 mit dieser Gruppe in Fühlung gestanden, die den Zweck verfolge, die außenpolitischen Beziehungen der Sowjetunion zu stören und die Friedenspolitik der Sowjetunion zu durchkreuzen.

Die Verteidiger hatten um ein milderes Urteil gebeten, weil die Attentäter Werkzeuge in fremder Hand gewesen seien.

*

Der zweitägige Prozeß, der mit dem Todesurteil gegen die Angeklagten Stern und Wassiljew geendet hat, hat **keinerlei Aufklärung** über die Motive der Tat gebracht, obwohl sich die Sowjetregierung die größte Mühe gegeben hat, diese Tat propagandistisch für ihre Zwecke auszuwerten. Denn die Behauptung, daß durch diesen Anschlag auf einen deutschen Diplomaten — es sollte der Botschafter v. Dirksen selbst getroffen werden, und nicht sein erster Mitarbeiter — die **diplomatischen Beziehungen** zwischen Rußland und Deutschland erschüttert und die Sowjetunion für einen Interventionskrieg sturmreif gemacht werden sollte, ist von einer **unglaublichen Naivität.** Wenn der Attentäter, wie er es anscheinend selbst zugibt, diese Folgen von seinem Anschlag erwartet hat, so würde das nur ein Grund mehr sein anzunehmen, daß er unzurechnungsfähig, ja schwachsinnig ist. Eine solche Wirkung könnte vielleicht ein Attentat auf den englischen, den französischen, den japanischen oder den polnischen Botschafter ausgelöst haben. Warum aber ausgerechnet die Ermordung des deutschen Vertreters die Ententemächte zu einem **Interventionskrieg ermuntert** haben könnten, ist **unerfindlich.**

Nun sind beide Angeklagten zum **Tode** verurteilt worden. Ob sie beide erschossen werden, steht noch **dahin.** Auch wenn die Vollstreckung des doppelten Urteils offiziell gemeldet wird, so muß das noch lange nicht wahr sein: Denn niemand weiß, was sich wirklich in den Kellern des Zentralgefängnisses der GPU. abspielen wird. Die offizielle Begnadigung **Wassiljews** wäre das offizielle Eingeständnis, daß Wassiljew nur zum Schein die Rolle eines Angeklagten spielt, in Wirklichkeit **unter einer Decke mit der Anklagebehörde** stehe, um die Behauptung „interventionistisches Komplott" zu bekunden. Wenn also eine Begnadigung erfolgt, wird sie bestimmt nicht gemeldet werden sondern die russische Regierung wird im Gegenteil versichern, daß beide Angeklagten erschossen wurden. In diesem asiatischen Diktaturstaat ist auf diesem Gebiete alles möglich!

In der Anklageschrift wurden alle Stellen, die sich präzise auf die **ausländischen Hintermänner** bezogen, seltsamerweise durch **Gedankenstriche** ersetzt. Die Erörterung dieses Themas fand in geheimer Sitzung statt. Warum denn? Diese Geheimtuerei läßt den Verdacht auftauchen, daß dieser einer, nämlich der **propagandistische Teil** der Anklage, auf sehr schwachen Füßen stand. Man wußte ja schon aus den Anspielungen in der öffentlichen Sitzung, daß die Anklage hauptsächlich Bezug nahm auf die Bekundungen längst verstorbener oder erschossener Personen.

Die **deutsche kommunistische Presse** hat schließlich die Katze aus dem Sack gelassen: Das Attentat auf Twardowski ist das **Werk der — Zweiten Internationale!!** Denn Wassiljew stand in Verbindung mit einem polnischen Beamten im Warschauer Außenministerium Wsowobod Luborski, der Mitglied der polnischen sozialistischen Partei ist. Außerdem sei Paul Löbe kürzlich in Warschau gewesen. Folglich: Paul Löbe hat zur Ermordung des deutschen Botschafters in Moskau angestiftet!!! So ungefähr mußte der gläubige Leser der kommunistischen Presse die sensationellen Enthüllungen seines Leibblattes auffassen.

Leider hat diese **„Wahlbombe"** verschiedene **Löcher:**

1. Herr Luborski — über dessen Verbindung mit Wassiljew ausschließlich von einer längst erschossenen Frau Mitteilung gemacht worden ist, ist gar kein Pole, sondern ein russischer Emigrant.

2. ist er gar kein Beamter des polnischen Außenministeriums, sondern früher einmal bei der polnischen Tabak-Monopolverwaltung angestellt gewesen,

3. ist er niemals Mitglied der polnischen Sozialdemokratie gewesen. Sonst stimmt alles!

Die **zweifelhafte Angelegenheit** wird wohl **niemals aufgeklärt** werden. Das Einzige was klar ist, das ist, daß dieser Anschlag zu einer **grotesken Hetze gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt** werden sollte. Doch war freilich diese Hetze so **dumm** aufgezogen, daß sie bei allen nur halbwegs vernünftigen Menschen nur **Ekel** auslöst.

Letzte Nachrichten

Wahlrede Tardieus

WTB. **Paris,** 6. April. Ministerpräsident **Tardieu** hat heute abend auf dem Bankett im Saal Bullier seine erste große Wahlrede für die französischen Wahlen gehalten und dabei die Leistungen der abgelaufenen Legislaturperiode 1928/32 auf den verschiedenen Gebieten der Politik der Wirtschaft und der Finanz beleuchtet. Zur **Außenpolitik** übergehend betonte Tardieu die unentwegten Friedensbestrebungen Frankreichs und erklärte, in den **Beziehungen zu Deutschland** habe Frankreich ständig seinen Verständigungswillen bewiesen. Es habe dafür nicht immer Dank geerntet und deshalb habe die französische Regierung und die Mehrheit des französischen Parlaments einschließlich der radikalen Opposition in diesem Falle gewissen Theorien den Begriff des Vertrages und der Achtung der Unterschriften entgegengestellt. Im Anschluß hieran behandelte Tardieu die französische Auffassung der Abrüstung und behauptete, sie reiche hin, Frankreich vor dem Vorwurf des Imperialismus zu schützen. Tardieu wandte sich sodann gegen das Argument der Sozialisten, die die Auslandsanleihen kritisierten, weil in Südslawien und Ungarn ein Regime der Diktatur herrsche und fragte, ob man denn vergessen habe, daß Deutschland aus Lebensnotwendigkeit heraus gezwungen sei, unter einem Regime der Notverordnungen zu leben. Zum Schluß wandte sich Tardieu gegen den Vorwurf, daß das Budget ein Defizit zeige und appellierte an die Einigkeit aller republikanischen Parteien gegen die Sozialisten.

Beginn der Londoner Konferenz

London, 6. April (Eig. Draht) Am Mittwoch nachmittag fand die erste offizielle Sitzung der **Viermächtekonferenz** statt. Sie wurde um 17.30 Uhr beendet. Es wurde die **Notlage der Donauländer** und die verschiedenen Möglichkeiten der Hilfe erörtert.

Irgendwelche Ergebnisse sind bisher noch nicht erzielt worden. Man hat ein **politisches Komitee** eingesetzt, das die verschiedenen Seiten des Problems behandelt und in der für Donnerstag nachmittag angesetzten Sitzung darüber berichten soll.

WTB. London, 6. April. Reuter meldet: Wie in später Abendstunde verlautet, hat sich auf der heutigen Sitzung der Viermächtekonferenz eine Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und Großbritannien einerseits und Deutschland und Italien andererseits herausgestellt.

Die Saarländer appellieren

SPD. **Saarbrücken,** 6. April. (Eig. Draht.) Zentrumspartei, Sozialdemokratische Partei, Deutsche Volkspartei und die Deutsche Wirtschaftspartei des Saargebietes richten an das deutsche Volk folgenden Aufruf:

„Das Saargebiet kann zwar an der Reichspräsidentenwahl nicht teilnehmen. Wir Saarländer aber sprechen vor der schicksalhaften Entscheidung des nächsten Sonntag unseren Brüdern und Schwestern im Reich die ernste Warnung aus: „Seid einig". Wir sind berechtigt zu dieser Mahnung. Deutschlands Schicksal ist unser Schicksal. In den großen nationalen Fragen waren wir an der Saar einig. Diese Einigkeit hat das Saargebiet dem Deutschtum gerettet. Deutsche Brüder, deutsche Schwestern, stellt das Wohl des Vaterlandes über das Parteiinteresse. Seid einig in dem einen großen Mann, in Hindenburg!".

Aus aller Welt

Das Kind Lindberghs wohlbehalten?

WTB. Norfolk (Virginien), 6. April. Der Schiffsbauer Curtis aus Norfolk, der Lindbergh bei der Suche nach seinem Kind unterstützt, erklärt, daß er mit den Räubern Fühlung genommen habe, und daß das Kind gesund sei.

Unterschlagung zweier Pariser Bankiers

WTB. Paris, 6. April. Die Unterschlagungen des Bankiers Max Amerongen, der gestern verhaftet wurde, belaufen sich auf einen wesentlich höheren Betrag, als ursprünglich angenommen wurde. Die Summe von 800 000 Francs stellt anscheinend nur den Betrag der nichtbezahlten Steuern dar, während sich die Gesamtpassiven auf 12 Millionen Francs belaufen sollen Amerongen hat in den letzten Jahren sich wiederholt stark in Kolonialwerten engagiert. Der Bankier Robert wurde heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Er soll eingestanden haben, etwa 300 000 Francs Depotgelder für private Zwecke unterschlagen zu haben. Die Gesamtpassiven belaufen sich auf etwa 20 Millionen Francs.

Mord mit der Nazikette

Vom Schwurgericht beim Landgericht I Berlin wurde am Dienstag der zweiundzwanzigjährige Kurt Thieme, der des Raubmordes an seiner Tante angeklagt war, zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der wegen Diebstahl bereits vorbestrafte Angeklagte, seit vier Jahren Mitglied der NSDAP., hatte die Wohnung seiner sechzigjährigen Tante in Moabit, einer Frau Schimmelpfennig, aufgesucht und die Abwesenheit der Tante zur Durchsuchung der Räume benutzt. Thieme vermutete, daß Ersparnisse vorhanden seien. Das Gericht unterstellt nun, daß der Angeklagte einen Diebstahl beabsichtigt hatte. Frau Schimmelpfennig kam jedoch vorzeitig in ihre Wohnung zurück. Der junge Mann war überrascht, stürzte sich im Affekt auf seine Tante und warf ihr von hinten eine Kette um den Hals, die er angeblich zum Schutz gegen Ueberfälle bei sich trug. Frau Schimmelpfennig schrie: „Kurt, was machst du da, laß los!" — Die Kette riß; Thieme packte die Greisin an der Kehle und erwürgte sie. Der Mörder wurde am nächsten Morgen in der Wohnung seiner Freundin verhaftet. Das Strafmaß wurde durch den Umstand bestimmt, daß der Angeklagte „bei Unternehmung einer Tat vorsätzlich einen Menschen tötete, um sich der Ergreifung zu entziehen."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

im

TOTAL AUSVERKAUF

bei der „Debege".

Damen-, Herren-Kleidung, Teppiche, Wäsche, Schuhe, werden solange Vorrat reicht 2161

zu jedem annehmbaren Preis verschleudert!

Keiner versäume diese Gelegenheit!

„Debege"

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.

Karlsruhe, Adlerstr. 13

● Kratz Bestecke

Kratz ● Scheren 2 66

● Kratz Taschenmesser Rasiermesser

sind allbegehrt

Waldstr. 41 neb. Café Nagel ●

Schöne 5 Zimmer-Wohnung im Zentrum der Stadt per 1. Juli od früher **billig zu vermieten.** Off u 2148 an d Volksfr

Schöne 3 Zimmer-Wohnung im Zentrum der Stadt, Nähe Markt, p. 1. Mai **billig zu vermieten.** Offerten unter Nr. 2147 an den Volksfreund

Großer Einstellraum für 5 Mark per Mon zu vermieten D586 **Wilhelmstr. 36, I**

Amtliche Bekanntmachungen

Schulbeginn.

Das Schuljahr 1932/33 beginnt für die Karlsruher Volks-, Fortbildungs- und Sofienschule

am Montag, den 11. April ds. Js.

Die Volksschüler der Klassen II bis VIII, die Fortbildungsschüler und -schülerinnen und die Sofienschülerinnen haben sich zur festgesetzten Zeit in den ihnen bereits angewiesenen Schulräumen einzufinden. Die **Anfänger** wollen am Montag, den 11. April, nachmittags 15 Uhr, in die Räume gebracht werden, in denen sie s. Zt. angemeldet wurden, sofern andere Aufforderungen nicht ergangen sind.

Karlsruhe, den 8. April 1932. 513

Das Stadtschulamt.

Knaben- u. Mädchenfortbildungsschule

Eltern oder deren Stellvertreter, Arbeits- und Lehrherren sind nach § 10 des Gesetzes vom 19. Juli 1918 verpflichtet, die unter ihrer Obhut oder in ihrem Dienst oder Brot stehenden fortbildungsschulpflichtigen Knaben und Mädchen mündlich oder schriftlich beim Stadtschulamt zur Teilnahme an dem Fortbildungsschulunterricht anzumelden, ihnen die zum Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren, sie zum gewissenhaften und regelmäßigen Besuch anzuhalten und sie beim Verlassen des Aufenthaltsortes unter Angabe des neuen Aufenthaltsortes sofort abzumelden. An- und Abmeldungen haben spätestens am vierten Tage nach dem Eintritt in das Dienst- oder Arbeitsverhältnis beziehungsweise dem Austritt aus demselben zu geschehen. Zuwiderhandlungen von Eltern oder deren Stellvertretern, sowie von Dienst- oder Arbeitgebern gegen die Vorschriften des § 10 des Fortbildungsschulgesetzes werden mit Geld und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 8. April 1932.

Das Stadtschulamt. 512

Geh zu TIETZ dann reicht's!

Verkauf soweit Vorrat

Wurstwaren

Salami . . Pfd. 1.10 ¼ Pfd. 28 ₰
Ungar. (Art) Salami Pfd. 1.40 ¼ Pfd. 35 ₰
ff. Schlackwurst Pfd. 1.80 ¼ 45 ₰
Dörrfleisch . . . Pfund 85 ₰
Gemüsekochwurst Pfund 58 ₰
Fetter Speck . . . . Pfund 65 ₰
Schweinskopf . . . ¼ Pfd. 15 ₰
Schweinskopfsülze ¼ Pfd. 10 ₰

Weine

ausges. Qualitäten in Flaschen

29er Oppenheimer-Goldberg, 29er Niersteiner Domthal, 29er Niersteiner Fritzenhöll } ¼ Flasche inkl. Glas 1.35
Liebfrauenmilch 1.25
28er St. Emilion ¼ Fl. m. Gl. 1.65
28er Macon . . . 1.75
28er Medoc 1.95
28er Haut Sauternes . . 2.50

Konserven

¼ Dose ½ Dose
Prinzeßbohnen mittelf. 88 ₰ 55 ₰
Feine junge Brechbohnen . . 65 ₰ 45 ₰
Jg. Wachsbrechbohn. 75 ₰ 50 ₰
Jg. Erbsen mittelfein mit Karotten 85 ₰ 50 ₰
Stangen-Spargel 70 Stangen . . 1.40 85 ₰
Apfelmus tafelfertig 48 ₰ 35 ₰
Süßkirschen m. Stein 75 ₰ 50 ₰
Jg. Erbsen mittelfein 75 ₰ 50 ₰

Stadion-Mehl

Beutel 5 Pfd. 2 Pfd.
Hocht. Auszugmehl, 1.35 56 ₰
Hocht. Weizenmehl, 1.25 52 ₰

Eier sind jetzt billig

Vollfr. Eier (Ausland) 10 St. 55 ₰
Trinkeier (Deutsch. Adlerstemp.) 10 Stück 65 ₰

Münsinger Kommißbrot od. Bauernbrot 3 ℔-Laib 48 ₰

Bismarckheringe od. Rollmops in Mayonn. } 1 Ltr.-Dose 95 ₰

Portug. Oelsardinen 4 große Klubdosen 95 ₰

Delikat.-Weichkäse, Schnitt.-Weichkäse, Kümmel-Weichkäse } 20% Schacht 6/6 24 ₰

Frische Fische

Kabliau . . . . Pfund 16 ₰
Kabliau-Filet Pfund 28 ₰
Fisch-Filet . . . Pfund 24 ₰
Schellfisch . . . Pfund 38 ₰

Zickelfleisch . Pfund 65 ₰

Käse / Fette

Camembert vollf. ⅘ 75 ₰ ¾ 48 ₰
Emmentaler ohne Rinde, vollfett, Schachtel ⅘ 48 ₰
Rahmkäse vollfett ½ Pfd. 48 ₰
Dän. Schweineschmalz offen Pfund 48 ₰
Deutsch. Flomen-Schweineschmalz 1 Pfund-Paket 65 ₰
Dänisch. Gouda vollf. ½ Pfd. 48 ₰
Teebutter täglich frisch ½ ℔ 70 ₰
Landbutter . . . . . Pfund 1.28

Kolonialwaren

Calif. Mischobst Pfund 60 ₰ 48 ₰ 40 ₰
Calif. Pflaumen Pfd. 55 40 30 ₰
Eierbruchspaghetti oder Eiermakkaroni oder Eiergemüsenudeln 2 Pfd. 88 ₰
Gelbe Erbsen ½ gesch. Pfd. 22 ₰
Gelbe Erbsen ½ gesch. Pfd. 28 ₰
Grüne Erbsen ½ gesch. Pfd. 33 ₰
Grüne Erbsen ½ gesch. Pfd. 35 ₰
Bienenhonig . . . . . Glas 98 ₰

Konfitüre

Kirsch-Konfitüre, Erdbeer-Konfitüre } ca. 2 Pfd. Eimer 98 ₰
Vierfrucht-Marmelade ca. 2 Pfund-Eimer 85 ₰
Kirsch-Konfitüre, Pflaumen-Konfitüre } Glas ca. 1 Pfd. Inh. netto 65 ₰
Orangen-Konfitüre, Himbeer-Konfitüre, Apfel-Himb.-Gelee } Glas 1 Pfd. netto 65 ₰

Blumenkasten grün od. weiß, 16 cm hoch, 10 cm br., Holz 16 mm dick

50	60	70	80	90	100 cm
75 ₰	90 ₰	1.05	1.20	1.35	1.50

Blumenzwiebeln vorzügliche Keimfähigkeit, ausgelesene Prachtknollen, in großer Auswahl

Donnerstag, 11 Uhr, über den Sender Mühlacker/Stuttgart:

Jubiläums-Durchspruch

in badischer Mundart.

2163

Erhohnugsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden.

Das Heim wird Anfang Mai wieder eröffnet werden. Verpflegungssatz bei 5 Mahlzeiten für hiesige Selbstzahler 4.50 Mark, für Kassen und auswärtige Selbstzahler 5 Mark. Persönliche Anmeldung werktäglich von 8—10 Uhr bei uns, Verwaltungsgebäude Zimmer 13.

Städt. Krankenhaus Karlsruhe. 483

Badisches Landestheater

Donnerstag, 7. April
*D 25
(Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 201—300

Sommer von einst

Operette von Lajtai
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende Jank, Seiberlich, Burk, Hellmuth, Widmann, Lindemann, E. Rivinius, Tubach, Hospach, Kiefer, Löser, Kuhne, Schnitzer, Meyer, Michutta, Lindemann, Ochsenkiel
Anfang 20 Uhr
Ende 22.30 Uhr
Preise B (0.70—4.20 ℳ) 508

Fr. 8. 4. Neu einstudiert: Hoffmanns Erzählungen. Sa 9. 4. Wallensteins Tod. So 10. 4. Nachmittags: Neu einstudiert: Der fliegende Holländer. Abends: Tosca Im Konzerthaus: Zur goldenen Liebe.

3-Zimmerwohnung auf sof. od spät von 4 erwachs. Pers z. miet. ges Eilangeb. m Miete unt Nr. 2153 an den Volksfr.

2 Zimmer-Wohnung von pünktl. Mieter auf 1. Juli **gesucht.** Preis 3.—40 Mk. Zu erfr. u. F 587 im Volksfreund

Billig. Mbl.-Zimmer möbl., **zu mieten gesucht.** Offerten unter Nr. 2160 an d. Volksfrd.

Gut möbliertes Zimmer m. elektr. Licht p. sofort od. später **zu vermieten** Rintheimerstr. 20, I r.

Webers Kohlen-Herde a. Teilzahl., b. kl. Anzahl. Ihr alter Herd wird in Zahlung genommen. **G. Dürr,** Wilhelmstr 6

Tischgrammophon schön mit 21 guten Platten spottbillig zu verkaufen **Stuttgarterstr. 9,** II, l.

10—15 Ztr. Wiesenheu zu verk. Wilhelm Müller, Schottmühle bei Busenbach, Amt Ettlg

Gut erhalt. **Fahrrad** zu kauf. ges Offert. unter S 590 a d. Volksfr. erb.

Gebrauchtes **Paddelboot** gut erhalten, billig zu kaufen gesucht Angeb mit Preis unt. H 554 an den Volksfreund.

2168

Helvetia

Qualitäts-Marmeladen u. Confitüren

Gemischte Marmelade
offen Pfund **45** ₰
2 Pfund-Eimer . . **88** ₰
1 Pfund-Eimer . . **48** ₰
½ Dose . . . . . **32** ₰

Apfelgelee
offen Pfund **52** ₰
1 Pfd.-Eimer u. Glas **54** ₰
½ Dose mit Himbeer **35** ₰

Erdbeer-Confitüre
1 Pfund-Glas **85** ₰

Zwetschgenmus
½ Dose . **30** ₰

Pfankuch

. . und Rückvergütung

Leuchter sind billig

Zweite Reichspräsidentenwahl

1. **Wahlzeit: Sonntag, den 10. April, von 9 bis 18 Uhr.** Wer sich um 18 Uhr im Wahlraum befindet, darf noch wählen.

2. **Wählen darf nur, wer in der Wählerliste** steht oder **einen „Stimmschein" besitzt.**

3. Welchem **Wahlbezirk** der Wähler zugeteilt ist, steht auf der Benachrichtigungskarte, die jeder in die Wählerliste Eingetragene jetzt oder schon beim ersten Wahlgang erhalten hat. Nur in diesem Bezirke kann er wählen (abgesehen von Ziff. 12). Aus der Benachrichtigungskarte ist auch ersichtlich, in welchem Gebäude und in welchem Zimmer der einzelne Wähler abstimmen kann.

4. **Es wird dringend empfohlen, die Benachrichtigungskarte als Ausweis mitzubringen.** Der Wahlvorsteher ist berechtigt, weiteren Ausweis zu verlangen.

5. In jedem Wahlgebäude, bei den Polizeiwachen, bei der Wahlgeschäftsstelle und am öffentlichen Anschlagbrett (Rathaus) ist ein Straßenverzeichnis angeschlagen, aus dem jedermann ersehen kann, zu welchem Wahlbezirk seine Wohnung gehört, in welchem Gebäude und in welchem Zimmer er zu wählen hat. Ferner ist an den genannten Stellen und an den Anschlagsäulen eine Uebersicht über die Einteilung der Stadt in Stimmbezirke (ebenfalls mit Angabe von Wahlgebäude und Wahlraum) angeschlagen.

6. Die **Wahlräume** sind die gleichen wie beim 1. Wahlgang.

Sämtliche Wahlräume befinden sich in Schulhäusern; nur Wahlbezirk 1 (Albsiedlung) ist in der Wirtschaft „Zur Albsiedlung", Darlander Straße 127, untergebracht, Wahlbezirk 75 (Rüppurr) im Kindergarten, Blütenweg 19, Bezirk 76 (Rüppurr) in der Wirtschaft „Schloß Rüppurr" Rastatter Straße 1, Bezirk 79 (Weiberäcker) in der Wirtschaft „Zum Weiberhof", Neckarstraße 32 und Bezirk 85 (Bulach) im Rathaus, Grünwinkler Str. Nr. 10.

7. Die Wähler erhalten beim Eintritt in den Wahlraum den amtlichen **Stimmzettel** und einen mit einem amtlichen Stempel versehenen **Briefumschlag.**

8. Der amtliche Stimmzettel ist ein **Einheitsstimmzettel** aus hellgrünem Papier. Er enthält die zugelassenen 3 Wahlvorschläge, und zwar in alphabetischer Reihenfolge Namen, Stand oder Beruf und Wohnort jedes der 3 Anwärter. Am rechten Rand des Stimmzettels ist hinter jedem Wahlvorschlag ein Kreis eingedruckt. Der amtliche Stimmzettel, der 10×12 cm groß ist, hat folgendes Aussehen:

Paul von Hindenburg Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin	◯
Adolf Hitler Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München	◯
Ernst Thälmann Transportarbeiter, Hamburg	◯

9. Mit dem amtlichen Umschlag und dem amtlichen Stimmzettel begibt sich der Wähler in die Wahlzelle, trägt dort auf dem Stimmzettel in den Kreis des Anwärters, dem er seine Stimme geben will, ein **Kreuz** ein mit Bleistift oder mit der mit der Zelle befindlichen Blaumit dem in der Zelle befindlichen Blau-Unterstreichen des Namens oder auf sonstige Weise deutlich kenntlich. **Die Kennzeichnung muß einwandfrei geschehen,** d. h. so, daß der Wahlvorstand abends bei der Auszählung der Stimmzettel klar erkennt, welchem Anwärter der Wähler seine Stimme hat geben wollen; andernfalls wird der Stimmzettel für ungültig erklärt. — Will der Wähler keinem der 3 namentlich angeführten Anwärter, aber einer andern Person seine Stimme geben, so kann er deren Namen in das am unteren Ende des Stimmzettels für diesen Zweck vorgesehene freie Feld eintragen.

10. Sodann wird der Stimmzettel in den Briefumschlag gesteckt, **der aber nicht zu schließen ist.** Der Wähler tritt nunmehr an den Vorstandstisch, zeigt seine Ausweiskarte vor oder nennt seine Wähler-Nummer (die auf der Ausweiskarte steht) und dann seinen Namen (auf Erfordern auch seine Wohnung). Wird der Name in der Wählerliste gefunden, so übergibt der Wähler den **ungeöffneten** Briefumschlag dem Wahlvorsteher, der ihn ungeöffnet sofort in die Wahlurne legt. **Die Ausweiskarte erhält der Wähler zurück.**

11. Wählern, die trotz Vorzeigen der amtlichen Ausweiskarte in der Wählerliste nicht gefunden werden, wird empfohlen, **sofort** bei der städt. Wahlgeschäftsstelle (Zähringerstr. 98) festzustellen, ob sie überhaupt in die Wählerliste aufgenommen sind und in welchem Bezirk.

12. Wer einen (hiesigen oder auswärtigen) **Stimmschein** besitzt, kann in jedem Wahlbezirk wählen, aber erst, wenn er den Stimmschein dem Wahlvorsteher übergeben hat, der ihn zu prüfen und zurückzubehalten hat. **Die Stimmscheine sind auf rotem Papier gedruckt; andere sind ungültig.**

13. **Stimmscheine** werden von der städt. Wahlgeschäftsstelle noch bis Freitag, den 8. April, 20 Uhr, ausgestellt; spätere Anträge können keinesfalls mehr berücksichtigt werden, da am Samstag, den 9. April, die umfangreichen Abschlußarbeiten der Wahlkartei durchzuführen sind. Man stelle den Antrag unverzüglich, nicht erst am letzten Tag; andernfalls ist längeres Warten unvermeidlich. Genügender **Ausweis** (vor allem Benachrichtigungskarte) unbedingt erforderlich.

14. Der Wahlvorsteher hat Stimmzettel zurückzuweisen, die nicht in einem amtlich vorgeschriebenen Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden, oder denen ein durch den Umschlag deutlich fühlbarer Gegenstand beigefügt ist, ferner Stimmzettel solcher Wähler, die sich nicht in die Wahlzelle begeben haben.

15. Sollten solche Stimmzettel (Ziffer 14) doch abgegeben werden, so sind sie ungültig. Ungültig sind ferner Stimmzettel, die als nichtamtlich hergestellt erkennbar sind oder nicht einwandfrei die Person erkennen lassen, der der Wähler seine Stimme geben wollte, oder die mit Vermerken oder Vorbehalten versehen sind.

16. Das **Wahlrecht ist persönlich auszuüben,** also Vertretung durch andere unmöglich. Dagegen können Gebrechliche bei der ganzen Wahlhandlung, wenn sie diese nicht ohne Hilfe ausüben können, sich der Unterstützung einer Vertrauensperson bedienen (auch in der Wahlzelle).

17. Die Wahlhandlung sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich. Es dürfen aber im Wahllokal weder Beratungen (von denen des Wahlvorstandes abgesehen) stattfinden noch Ansprachen gehalten werden. Der Vorstand muß Plakate oder Aufrufe politischen Inhalts aus dem Abstimmungsraum entfernen lassen; Ruhestörer kann er aus diesem Raum verweisen.

18. **Man komme nicht erst in letzter Stunde zur Wahl.** Erfahrungsgemäß ist der Andrang am Schluß am größten, am schwächsten zwischen 13 und 14 Uhr. 509

Karlsruhe, den 5. April 1932.

Der Oberbürgermeister.

Bruchsaler Anzeigen

Wahl des Reichspräsidenten.

Die Wahlberechtigten werden darauf hingewiesen, daß die Bekanntmachung der näheren Bestimmungen über die am

Sonntag, den 10. April ds. Js.

hier stattfindende

Wahl des Reichspräsidenten

an sämtlichen Plakatsäulen sowie am Rathauseingang zur Durchsicht der Wähler angeschlagen ist. 514

Bruchsal, den 4. April 1932.

Der Oberbürgermeister.

Ettlinger Anzeigen

Wahl des Reichspräsidenten (II. Wahlgang) betr.

Der II. Wahlgang zur Neuwahl des Reichspräsidenten ist durch Beschluß des Reichstags **auf Sonntag, den 10. April 1932** festgesetzt worden.

Die Abstimmungszeit dauert von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr.

Durch Beschluß des Bezirksamts wurde die hiesige Stadt in 9 Stimmbezirke eingeteilt.

Die Stimmbezirke und Wahllokale sind die gleichen wie beim I. Wahlgang (13. März 1932). Die Stimmbezirkseinteilung ist zur allgemeinen Orientierung am Eingang des Wahllokals durch Anschlag kenntlich gemacht.

Stimmberechtigt ist, wer am Abstimmungstage Reichsangehöriger und 20 Jahre alt ist.

Abstimmen kann jedoch nur, wer in eine Stimmliste (Stimmkartei) eingetragen ist oder einen Stimmschein hat. 507

Stimmberechtigte können nur in dem Stimmbezirk abstimmen, in dessen Stimmliste oder Stimmkartei sie eingetragen sind. Inhaber von Stimmscheinen können in jedem beliebigen Stimmbezirke des Abstimmungsbezirks abstimmen.

Stimmscheine werden noch am Tage vor der Abstimmung (also am 9. April noch bis mittags 12 Uhr) beim Einwohner-Meldeamt ausgestellt.

Die noch vom I. Wahlgang im Besitz befindlichen Benachrichtigungskarten sind zur Wahlhandlung unbedingt mitzubringen.

Im Uebrigen wird auf die amtliche Bekanntmachung vom Heutigen an der Verkündigungstafel im Rathaus verwiesen.

Ettlingen, den 7. April 1932

Der Bürgermeister

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

7. April 1932.

1772 *Charles Fourier. — 1875 †Georg Herwegh. — 1878 Gründung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie. — 1919 Ausrufung der zweiten Räterepublik in München. — 1919 Demission der Sozialisierungskommission.

Zwei Nazistadträte provozieren 4000 Versammlungsbesucher

Der nationalsozialistische Stadtrat Worch in Karlsruhe wurde am Montag abend anläßlich der großen Hindenburgversammlung zwangsweise aus der Festhalle entfernt. Ein Augenzeuge dieser „netten Szene" berichtet uns darüber nachträglich:

In der sogenannten Stadtratsloge saß u. a. auch der nationalsozialistische Stadtrat Bierbrauer Worch. Fast am Schlusse der Ausführungen des Reichskanzlers, als dieser sich über sein Verhältnis zum Reichspräsidenten von Hindenburg ausließ, machte Worch den kurzen Zwischenruf: 1925! Man wußte, d[illegible] habe sich bei der letzten Reichspräsidentenwahl im Jahre 1925 gegenüber Hindenburg anders verhalten!

Das ist richtig, weil eben damals der Kandidat des Zentrums und der Linksparteien in der Stichwahl der bekannte frühere Reichskanzler Marx war! Beide Parteien, Zentrum und Sozialdemokratie, haben in den letzten Wochen zur Genüge dargelegt, warum heute Hindenburg auch ihr Kandidat ist. Dafür hat aber anscheinend der Nazistadtrat Worch kein Verständnis.

Der in der Nähe sitzende Stadtv. Gen. Wilhelm Koch bemerkte sofort zu dem Zwischenruf von Worch: „Das ist eine Frechheit!" Damit erschien die Angelegenheit vorläufig erledigt. Man war über den Zwischenrufer zwar entrüstet, ließ ihn aber unbehelligt, obwohl er bei dem Einzug der Badenwachtleute bereits bemerkt hatte: „Jetzt kommen die schwarzen Husaren". Worch begnügte sich nun mit dem Zwischenruf „1925" nicht, er machte weitere abfällige Bemerkungen zu dem Referat von Brüning; zwar etwas leiser, aber doch so, daß es die hinter ihm stehenden Mitglieder der Badenwacht hörten und hören mußten.

Und das Unglück schreitet schnell! D. h. für Worch! Die Rufe: Raus, raus! wurden immer zahlreicher. Aber daraus macht sich natürlich ein echter Nazi nichts! Er drehte seinen Stuhl herum, so daß er die Badenwachtleute nicht mehr im Rücken, sondern vor sich hatte. Das sah sehr eigentümlich aus, war aber nicht geeignet, die allgemeine Erregung über Worch zu beschwichtigen. Ein paar besonnene Zentrumsversammlungsbesucher legten dem eigensinnigen Zwischenrufer nahe, doch von selbst hinauszugehen. Das wäre die einfachste Lösung des bedauerlichen Zwischenfalls gewesen. Aber soviel Vernunft bringt ein Nationalsozialist nicht auf. Worch ging also nicht, wurde deshalb von verschiedenen Seiten — zuletzt auch von der Polizei — gepackt und ziemlich unsanft hinausbefördert! Das letztere auch um deswillen, weil er sich brutal wehrte und seine ganze Bierbrauerkraft einsetzte, um seine Angreifer zu parieren. Dabei wuchs die Aufregung; Stühle flogen um, ein heftiges Gedränge entstand, bis der „hohe Flug" des Herrn Stadtrats beendet war.

Lorbeeren hat er dabei nicht geerntet; einem ähnlichen Zwischenrufer wäre es in einer nationalsozialistischen Versammlung noch schlimmer ergangen. Daß Herr Worch einige „Andenken" an die Brüningversammlung vom 4. April 1932 erhalten hat, ist auf das Konto seines sturen und provozierenden Verhaltens zu setzen. Vielleicht dient ihm dies als Lehre für andere Veranstaltungen politischen Gegnern der Nazis, vielleicht auch nicht, wie Leute behaupten, die den Herrn Stadtrat Worch näher kennengelernt haben.

Auch der Nazistadtrat Riedner, Expedient der Brauerei Schrempp-Printz, störte die Versammlung und mußte an die frische Luft befördert werden.

Zu beachten ist ferner, daß beide Stadträte nur Gäste der Versammlung waren und als Stadträte keinen Eintritt bezahlten. Das Unerhörteste ist aber, daß beide Nazistadträte mit einem großen Hakenkreuz angetan, erschienen sind und damit provozierten.

So führen sich Stadträte, die als Vorbilder dienen sollten, auf. Pfui Teufel!

Die Wahl des Reichspräsidenten

(Zweiter Wahlgang)

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Bei den Stimmberechtigten, und anscheinend auch bei einzelnen Gemeindebehörden, bestehen vielfach Zweifel über die Voraussetzungen, unter denen für die Reichspräsidentenwahl ein **Stimmschein** ausgestellt werden kann. Es wird deshalb erneut auf die Bestimmungen des § 9 der Reichsstimmordnung hingewiesen. Hiernach ist ‚mit Ausnahme bei den stimmberechtigten Staatsbeamten, Arbeitern in Staatsbetrieben, die ihren Wohnsitz im Ausland nahe der Reichsgrenze haben und den stimmberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes, **grundsätzlich Voraussetzung, daß die Person, welche einen Stimmschein beantragt, im Inland ihren Wohnort hat.** Auslandsdeutsche, welche sich nur vorübergehend im Inlande aufhalten, können zur Abstimmung nicht zugelassen werden und daher auch keinen Stimmschein erhalten.

Bei den im Inland wohnenden Stimmberechtigten ist, mit den weiter unten angegebenen Ausnahmen, **für die Ausstellung eines Stimmscheins** unbedingte **Voraussetzung**, daß sie in die **Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen sind.**

Nicht in eine Stimmliste oder Stimmkartei eingetragene Stimmberechtigte können einen Stimmschein **nur** erhalten:

1. Wenn sie nachweisen, daß sie ohne Verschulden die Einspruchsfrist versäumt haben, ihre Aufnahme in die Stimmliste oder -kartei an sich aber berechtigt gewesen wäre.

2. Wenn sie wegen Ruhens des Stimmrechts in die Stimmliste oder -kartei nicht eingetragen oder dort gestrichen waren, der Grund aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist.

3. Wenn sie Auslandsdeutsche waren und ihren ständigen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt haben.

Zuständig zur Ausstellung des Stimmscheins ist nur die Gemeindebehörde des Wohnortes des Stimmberechtigten. Eine Ausnahme besteht wieder bei den stimmberechtigten Staatsbeamten, Arbeitern in Staatsbetrieben und den stimmberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes, die ihren Wohnsitz im Ausland nahe der Reichsgrenze haben. Für diese Personen ist die Gemeindebehörde, bei der sie in die Stimmliste oder -kartei eingetragen sind, zuständig. Hat jedoch ein Stimmberechtigter nach Ablauf der Einspruchsfrist seine Wohnung in eine andere Gemeinde verlegt, so stellt die Gemeindebehörde des bisherigen Wohnorts den Stimmschein aus.

Unzulässig ist es also auch z. B., durchreisenden Personen einen Stimmschein auszustellen, selbst wenn diese ihre Stimmberechtigung nachweisen.

Hafenverkehr im März 1932

St.N.A. Im März wies der Wasserstand des Rheins in den ersten 8 Tagen des Monats nur ganz geringfügige Aenderungen auf, während er an den übrigen Tagen des Monats außerordentlich schwankte. Am Pegel zu Maxau gemessen betrug er am Anfang des Monats 305 Zentimeter, am Ende des Monats 399 Zentimeter. Zur Großschiffahrt nach Karlsruhe waren im März 1932 fast den ganzen Monat hindurch Schiffsleichterungen erforderlich. Durch Eis oder Nebel war die Großschiffahrt im März 1932 nicht behindert.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im Berichtsmonat 82 Güterboote und Motorschiffe sowie 346 Schleppkähne angekommen und 80 Güterboote und Motorschiffe sowie 337 Schleppkähne abgegangen. Der Verkehr mit Güterbooten und Motorschiffen war im März 1932 etwas schwächer, dagegen der mit Schleppkähnen außerordentlich stärker als im Februar 1932; verglichen mit dem Monat März des Vorjahres waren beide Verkehrsarten auffallend stärker.

Der Umschlagverkehr im Karlsruher Rheinhafen war im **März 1932 um rund 60 000 Tonnen stärker als im Februar 1932,** was auf eine erheblich stärkere Zufuhr von Brennstoffen zurückzuführen ist.

Karlsruher Notgemeinschafts-Mittagstische

Von der Notgemeinschaft wird uns geschrieben: Die Karlsruher Lebensversicherungsbank, die seit 3. November 1931 täglich 100 bedürftige Personen in ihrem Anstaltsgebäude speist und außerdem täglich 200 Schulkinder das Schulfrühstück stellt, hat sich in dankenswertester Weise bereit erklärt, beide Hilfsmaßnahmen auch noch im Monat April 1932 aufrecht zu erhalten. Auch die Firma Hermann Tietz hat ihre Kinderspeisung, bei der seit 1. April 1931 täglich 25 Kinder gespeist werden, für den Monat April 1932 in vorbildlicher Weise durchgeführt. In gleicher Weise speist auch das Warenhaus Geschwister Knopf täglich 10 Kinder im Monat April weiter. Auch diese Speisung hat bereits am 16. Oktober 1931 ihren Anfang genommen.

Die gesamten der Karlsruher Notgemeinschaft zur Verfügung gestellten freien Mittagstische waren eine überaus wertvolle Unterstützung des Hilfswerks. Im ganzen konnten abgegeben werden in der Zeit vom 31. Oktober 1931 bis 31. März 1932 54 239 Mittagsfreitische und zwar 31 478 Essen für Erwachsene und 22 761 Essen für Kinder. Von den Kinderessen entfallen 14 850 auf 199 Kinder, die von Karlsruher Familien zum Mittagstisch durch Vermittlung der Notgemeinschaft eingeladen waren. An Schülerfrühstücken wurden im Winterhalbjahr insgesamt von der Karlsruher Notgemeinschaft abgegeben 48 151.

*

(:) **Die neue „Postkutsche".** Die so rührigen Wirtsleute Karl Seiter und Frau haben ihre Wirtschaft zur „Postkutsche" in das Gebäude neben der bisherigen „Postkutsche" verlegt. Gestern fand die Eröffnung statt und um es vorweg zu sagen: die neuen Räumlichkeiten machen einen äußerst gediegenen Eindruck und laden zum Verweilen ein. Das neue Lokal weist noch Nebenräume auf, so richtig behagliche Plätzchen. Die Ausstattung der Räumlichkeiten ist einfach, aber trotzdem recht vornehm. Die dunkle Wandtäfelung aus Holz macht sich sehr nett. Hübsche Gemälde aus Alt-Karlsruhe, von Kunstmaler Egler vortrefflich gemalt, schmücken das Lokal vorteilhaft aus. Als Beleuchtungskörper wurde die Form eines Wagenrades aus Holz gewählt, was einen originellen Eindruck auslöst. In sanitärer Beziehung fand ebenfalls das Zweckmäßigste Verwendung. Alles in allem: In der neuen „Postkutsche" ist ein hübsches Lokal entstanden, das zur gemütlichen Einkehr einladet.

(:) **Schulbeginn.** Auf das Inserat des Stadtschulamtes wegen Beginns des Unterrichts der Knaben- und Mädchenfortbildungsschule sei auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht.

Die Polizei berichtet:

Vergangene Nacht gab ein lediger 19 Jahre alter Nationalsozialist in der Kaiserstraße vor dem Führerverlag dadurch Anlaß zum polizeilichen Einschreiten, daß er durch Beschimpfung eines Passanten eine Ansammlung von Personen verursachte, die sich über das Verhalten des Täters aufhielten. Da der junge Mann der Aufforderung der Polizei keine Folge leistete, wurde er festgenommen und zur Wache gebracht. Er sieht der Bestrafung entgegen.

Unter dem dringenden Verdacht der Vorbereitung einer von der Parteileitung der KPD. anläßlich des Antikriegstages angekündigten Demonstration wurde gestern nachmittag ein Funktionär der KPD. in der Südstadt auf der Straße festgenommen und in Verwahrung gebracht. Er wurde gegen Mitternacht wieder auf freien Fuß gesetzt. Im übrigen kam es zu keinen Demonstrationen.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Oststadt

Heute, Donnerstag, abends von 5 Uhr ab, findet die Ausgabe der Flugblätter im „Bernhardushof" statt. Wir erwarten vollzähliges Erscheinen der Distriktführer und Straßenobleute und aller, die mitarbeiten wollen, den entscheidenden Schlag gegen den Faschismus zu einem vernichtenden zu machen. Deshalb: Alle Mann an Bord!

Bezirk Mittel- und Südweststadt

Flugblattverbreitung. Ausgabe der Flugblätter heute Donnerstag ab 3 Uhr im „Gambrinus". Wir ersuchen die Parteigenossen, sowie die Mitglieder der Eisernen Front und des Reichsbanners sich zahlreich zu beteiligen.

Bezirk Altstadt

Heute Donnerstag nachmittag 5 Uhr im „König von Württemberg" Flugblattausgabe.

Bezirk Mühlburg

Eine öffentliche Versammlung findet heute abend 8 Uhr im „Hirsch" statt. Republikaner, Republikanerinnen, erscheint zahlreich. Thema: „Warum wählen alle Republikaner und die Arbeiterschaft Hindenburg zum Reichspräsidenten?" Referent: Gen. Koch.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

J. B. 4. Heute abend 8 Uhr Ausstellungshalle.

Bezirk Mittel und Südwest

Die für heute abend angesetzte Uebung findet nicht im Freien Turnerschaftsheim, sondern in der **Gambrinushalle (Ludwigsplatz)** Punkt 8 Uhr statt. Pünktliches Antreten der Kameraden ist Pflicht.

Bezirk Oststadt

Heute abend 8 Uhr Ausstellungshalle. Freitag abend 8 Uhr Versammlung im Lokal „Bernhardushof".

Bezirk Hardtwaldsiedlungen

Samstag, den 9. April, abends 8 Uhr, im „Prinz Berthold" öffentl. Versammlung. Thema: „Schlagt Hitler". Referent: Gen. Reg.Rat Hermann Stenz. Parteigenossinnen, Parteigenossen, Gewerkschafts- und Sportkollegen! Erscheinen ist Ehrensache. Auch die uns nahestehenden Wählerinnen und Wähler sind freundlichst eingeladen. Tue jeder seine Pflicht. Keiner darf fehlen. Die aktiven Kollegen der Eisernen Front haben vollzählig zu erscheinen. D. V.

NB. Vertrauensleute und Funktionäre werden gebeten heute abend 8 Uhr die zur Verteilung kommenden Flugblätter beim Bezirksführer abzuholen.

Aus dem Gerichtssaal

Kommunistische Klebezettel an der Polizeiwache

jm. **Karlsruhe,** 6. April. Dem Schnellrichter vorgeführt wurde gestern der in Karlsruhe wohnhafte Taglöhner Eduard Oehler, der beschuldigt wird, vorgestern abend an der Polizeiwache Mendelssohnplatz kommunistische Handzettel mit Aufforderungen zum Antikriegstag angeklebt zu haben, die dem Polizeipräsidium nicht zur Genehmigung vorgelegen haben. Der Angeklagte bestreitet die Täterschaft, wurde jedoch von einem Polizeibeamten bemerkt, wie er die Polizeiwache entlang schlich; überdies hatte er Handzettel bei sich. Das Schnellgericht verurteilte den Angeklagten wegen unbefugten Zettelanklebens zu einer Gefängnisstrafe von 3 Wochen. Die beschlagnahmten kommunistischen Klebezettel wurden eingezogen. Obwohl er bestritt, schuldig zu sein, nahm der Angeklagte die Strafe gleich an und wurde zur Strafverbüßung abgeführt. (Und seine Auftraggeber? Die erfreuen sich der Freiheit aber der arme Kerl darf drei Wochen brummen.)

Warenhausdiebinnen vor Gericht

fm. **Karlsruhe,** 6. April. Drei gefährliche Warenhausdiebinnen, die 45 Jahre alte zehnmal vorbestrafte Luise Englert Witwe, die zweimal vorbestrafte 25 Jahre alte Kellnerin Antonie Emilie Kühn geb. Dietz und die vorbestrafte 20jährige Schneiderin Wilhelmine Dietz, sämtliche aus Tauberbischofsheim, standen heute vor dem Schöffengericht, nachdem sie erst im Herbst vorigen Jahres wegen umfangreichen Warenhausdiebstählen in Karlsruhe vor Gericht standen. Kaum aus dem Gefängnis entlassen, haben sie in der Zeit vom 12. bis 14. Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in den Warenhäusern Knopf und Tietz einen Koffergrammophon nebst Schallplatten im Werte von 38 M, einen Knabentrikotanzug, einen Mädchen- und einen Knabensweater und einen Biberrettepelz gestohlen. Dem sie einvernehmenden Gendarmeriebeamten hat die Antonie Kuhn eine gefälschte Quittung und Bescheinigung vorgelegt, die mit dem Namen „Maier" unterschrieben war und den rechtmäßigen Kauf des Grammophons nachweisen sollte, vorgelegt, um sich den Vorteil des Diebstahls zu sichern. Die Angeklagten leugnen hartnäckig und bestreiten mit allen möglichen Ausflüchten ihre Täterschaft.

Das Schöffengericht verurteilte die Luise Englert wegen Diebstahls im Rückfall und erschwerter Urkundenfälschung zu 1 Jahr 4 Monate Zuchthaus; die Antonie Emilie Kuhn erhielt 1 Jahr 1 Monat Gefängnis und die Wilhelmine Dietz 7 Monate Gefängnis.

9000 Mark unterschlagen

DZ. **Karlsruhe,** 6. April. Wegen Unterschlagung von 9000 M, die er beim Verkauf von Fahrkarten beim Reichsbahnhof Karlsruhe vereinnahmt hatte, wurde ein Reichsbahnangestellter zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Veranstaltungen

Kaffee Bauer: Wie jeden Donnerstag findet heute abend Gesellschaftstanz statt. (Siehe die Anzeige.)

*

Donnerstag, den 7. April 1932:

Badisches Landestheater: Sommer von einst. 20 Uhr.
Gloria-Palast: Mädchen zum Heiraten. Beiprogramm.
Kammer-Lichtspiele: Der Zinker. Beiprogramm.
Palast-Lichtspiele: Mädchen in Uniform. Beiprogramm.
Residenz-Lichtspiele: Zwei Herzen und ein Schlag. Goethes Werdegang. Beiprogramm.
Schauburg: Straßen der Weltstadt. Beiprogramm.
Kaffee Bauer: Gesellschaftstanz. 20.30 Uhr.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 5. April: Karolina Herold, 75 Jahre alt, Witwe von Adam Herold, Lokomotivführer a. D. Beerdigung am 7. April, 13 Uhr. Marie Decker, 79 Jahre alt, Witwe von Max Decker, Maler. Beerdigung am 7. April, 14 Uhr. August Leimbach, 59 Jahre alt, Reichsbahnoberinspektor, Ehemann. Beerdigung am 7. April, 11.30 Uhr. Wilhelm Bender, 57 Jahre alt, Kaufmann, Ehemann. Beerdigung am 7 April, 15 Uhr. Luise Rietz, 73 Jahre alt, Witwe von Karl Rietz, Bürstenmacher. Beerdigung am 7. April, 13.30 Uhr.

(:) **Silbernes Geschäftsjubiläum.** Die Firma P. u. J. Specht, Werkstätte für feinen Damenputz, Karlsruhe, Waldstraße 35, kann in diesen Tagen ihr 25jähriges Bestehen feiern. Im Jahre 1907 wurde die Firma von Fräulein Maria Specht im Hause Kaiserstraße 13/15 gegründet. Nach dem Ableben von Fräulein Maria Specht übernahmen die beiden Geschwister Paula und Johanna Specht das Geschäft und verlegten dasselbe im Oktober 1923 in die jetzigen Räume Waldstraße 35. Die umsichtigen Inhaberinnen gliederten im Jahre 1925 der Damenhutabteilung eine Kürschnerei an. Man findet dortselbst auch für wenig Geld in reicher Auswahl alle Neuheiten in geschmackvoller und gediegener Ausführung. Auf das Inserat in diesem Blatte machen wir besonders aufmerksam.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Partei-Nachrichten

Oeffentliche Kundgebung zur Reichspräsidentenwahl in Hagsfeld

Wir machen die Genossinnen und Genossen auf die morgen abend stattfindende öffentliche Kundgebung zur Reichspräsidentenwahl in der „Krone" aufmerksam. Referent ist Gen. Pfarrer Kappes (Karlsruhe). Wir fordern alle Republikaner auf mit ihren Angehörigen zu erscheinen. Wenn auch die Soz. Partei Einberufer der Kundgebung ist, so soll es doch eine Kundgebung der Republikaner gegen den Hitlerwahnsinn sein. Es genügen noch nicht die abgegebenen Stimmen, es sollen noch mehr werden. Genossen agitiert für unsere gerechte Sache.

Gewerkschaftliches

Erklärung des deutschen Metallarbeiterverbandes

In einem Schmierblättchen Sturmfahne genannt (wie die Schmierfinken es ausgezeichnet verstehen, den Nazis, ihren heimlichen Brüdern, Titel und Ueberschriften abzugucken), versucht ein Rechenkünstler durch Auslegung der Abrechnung der Lokalkasse des DMV., sein „Talent" zu beweisen. Nun kann man von einem G. mit seinem Galgenvogelgesicht bestimmt nicht verlangen, daß er ein Rechengenie ist, doch daß er noch weniger als ein ABC-Schütze versteht, hätten wir nicht geglaubt. Zunächst wollen wir betr. der Gehälter der Angestellten des DMV. feststellen, daß deren Einkommen ungefähr die Hälfte dessen beträgt, was der Langenlattefritze und KPD.-Oberbonze B. bezieht. Genügt diese Auskunft, ihr Steigbügelhalter des Kapitals? Wenn nicht, heraus mit der Sprache. Gebt die Gehälter eurer Bonzen bekannt und die Oeffentlichkeit wird staunen, daß deren Gehälter denen der Nazibonzen um nichts nachstehen. Die Gehälter der Angestellten des DMV. werden öffentlich auf jedem Verbandstag festgelegt und sind unseren Kolleginnen und Kollegen bekannt. Also nicht wir, aber Nazi- und Kozibonzen haben das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen. Dann schreibt das Finanzgenie über die Verwaltungskosten der Verwaltungsstelle Karlsruhe, indem er ausrechnet, daß 57 Prozent der Einnahmen für Verwaltungskosten ausgegeben werden. Der dumme Kerl weiß nicht, daß die Einnahmen der Verwaltungen nur für Verwaltungsarbeit berechnet ist, und daß alle übrigen Einnahmen an die Hauptkasse abgeliefert werden müssen, womit die Unterstützungen bezahlt werden. Allein für Eerwerbslosenunterstützung hat der DMV. im Jahre 1931 die Summe von 30 Millionen Mark ausbezahlt. Wo, ihr „RGO.-Helden", bleiben euere Unterstützungen für die paar Mitglieder, die ihr habt? Keinen roten Pfennig bezahlt ihr denselben, nicht mal bei Streiks, denn da gibts nur Betelsuppen von der RAH. Wollt ihr das bestreiten, ihr Heuchler? Den schönsten Trumpf glaubt aber der Schmierfink der Sturmfahne auszuspielen, indem er schreibt, daß in 21 Ortsverwaltungssitzungen die Summe von 2785.70 RM. an 7 Mitglieder ausbezahlt worden sei. Möglich, daß diese Summe bei den Oberbonzen der KPD. ausbezahlt wird, während unsere Kollegen der O.V. nicht 18.90 RM. pro Sitzung, sondern nur 2 RM. erhalten. Der Galgenvogel der Sturmfahne hat nämlich vergessen ,anzuführen, daß in dieser Summe von 2785.70 RM. nämlich die Kosten für Generalversammlung, erweiterte und mittlere Verwaltungssitzungen mit enthalten sind. Es gibt eben Fälscher von Beruf und solche aus Dummheit. Zu welcher Kategorie sich der Schreiber obiger Fälschungen zählt, müssen wir ihm schon selbst überlassen.

Auf das übrige Geschreibsel des Schmierblättchens einzugehen, verlohnt sich wirklich nicht. Dummheiten, Lügen und Beschimpfungen werden eben nicht wahr, wenn man sie immer wiederholt. Allerdings, wie kann man auch von einem G. oder A. verlangen, daß sie etwas Neues oder gar Geistreiches produzieren. Eher wird ein Esel schreiben und lesen lernen. Die Beleidigungen gegenüber unseren Kollegen Deißler, Helber, Rausch usw. schenken wir ihnen gleichfalls, denn diese halten es mit dem „Götz von Berlichingen". Zum Schluß wollen wir aber nicht vergessen, des sog. „Verantwortlichen" der Sturmfahne zu denken. Ganz Rastatt lacht über diesen „Geisteshelden", der alles andere nur nicht das Pulver erfunden hat, der aber wie dazu geschaffen ist, die Blödsinnigkeiten eines G. und A. zu decken.

Dies für heute.

Deutscher Metallarbeiterverband — Verwaltungsstelle Karlsruhe

Aus der Stadt Durlach

Kameraden der Eisernen Front, Arbeitersportler, Genossinnen und Genossen! Helft mit beim Flugblattverbreiten. Meldet euch bei Gen. Fassel, Auerstraße 29. Helft mit! — Schlagt Hitler!

Sport

Schießsport

Freundschaftsschießen Karlsruhe — Knielingen.

Am Sonntag, den 3. April, fand auf dem Schießstand des Freien Schützenvereins Karlsruhe gegen den Arbeiterschützenverein „Frei Schütz", Knielingen ein Freundschaftsschießen im Kleinkaliber statt. Zu diesem Schießen traten die A-, B- und C-Klassen sowie eine Jugendmannschaft an. Die beiden A-Klassen erzielten ein gutes Resultat. Karlsruhe konnte in der A-Klasse den Gaumeister Knielingen knapp überschießen. Die Resultate der B- und C-Klassen dürften besser sein. Auch in der B-Klasse mußte sich Knielingen eine Niederlage gefallen lassen, dagegen konnte in der C-Klasse Knielingen den Sieg für sich erringen. Geschossen wurde nach Bundesvorschrift. Eine Mannschaft 5 Schützen je 10 Schuß Aber Bundesringscheibe, 50 Meter.

Resultate: Kleinkaliber 50 Meter A-Klasse: **Karlsruhe 775 Ringe, Knielingen 774 Ringe.** B-Klasse: Karlsruhe 691 Ringe, Knielingen 664 Ringe. C-Klasse: Karlsruhe 472 Ringe, Knielingen 633 Ringe.

Jugendmannschaft. 8 Meter Aber Ringscheibe: Karlsruhe 872 Ringe, Knielingen 871 Ringe. Bester Schütze der A-Klasse Vetter-Knielingen 175 Ringe, B-Klasse Durand, Knielingen, 158 Ringe, C-Klasse Seifert, Karlsruhe, 152 Ringe. Jugend besten Schützen Ströbel, Karlsruhe und Vetter, Knielingen, mit 184 Ringen

Turnen

Seriengerätekämpfe der Gruppe Durlach.

Ueberraschenderweise hatten dieselben eine überaus starke Beteiligung aufzuweisen. Nahezu 100 Turnerinnen und Turner nahmen daran teil. Die zahlreich erschienenen Zuschauer waren Zeuge von Uebungen höchster Vollendung. Organisatorisch klappte alles wie am Schnürchen. Die Grötzinger Genossen, in deren Eigenheim die Veranstaltung stattfand, gaben sich alle Mühe, im Verein mit dem Gruppenturnwart allen Anforderungen gerecht zu werden. Dieses gelang ihnen vollständig. Anerkannt muß auch die Arbeit der Kampfrichter werden, die zum Gelingen des Ganzen beitrugen. Ihre Wertung zeigte am Schlusse folgendes Bild.

A-Klasse: Turner: Bahnfrei Grötzingen 232 Punkte, Turnverein Weingarten 223, Turnverein Aue 200. B-Klasse, Turner: Fr. T. Söllingen 222 Punkte, Fr. T. Grünwettersbach 213, Turnverein Weingarten 206, Bahnfrei Grötzingen 202, Turnverein Aue 200.

Jugend: Turnverein Weingarten 204 Punkte, Fr. T. Söllingen 203, Bahnfrei Grötzingen 191.

Turnerinnen: Klasse A: Turnverein Aue 184 Punkte, Bahnfrei Grötzingen 176. B-Klasse: Turnverein Aue 165 Punkte. O. B.

Wasserstand des Rheins

Basel Plus 08; Waldshut 204, gef. 8; Schusterinsel 65; Kehl 208, gest. 10; Maxau 395, gest. 10; Mannheim 272, gest. 9; Caub 192, gef. 6 Zentimeter.

Nazi im Hanauerland

Einst und jetzt

Aus Kehl wird uns geschrieben:

In der Nr. 77 der Kehler Zeitung vom Samstag, den 2. April veröffentlicht die NSDAP. folgendes Inserat:

Deutsche Volksgenossinnen!
Deutsche Volksgenossen!
Warenhäuser und Konsumvereine sind Totengräber am deutschen Mittelstand.
Meidet diese Einrichtungen
Nationalsoz. Deutsche Arb.-Partei
Bezirk Kehl, Hanauerland.

Auch wir möchten die Nazi vor diesen Einrichtungen dringend warnen. Könnte es doch einem echten Nazi leicht passieren, daß wenn er in diesen Häusern einen Einkauf tätigt, ihm ein jüdischer oder am Ende gar ein sozialistischer Hering ausgehändigt wird. Kauft eure Mausfallen nur in nationalsozialistischen Geschäften. Nur dort habt ihr die Gewähr, echt tschecho-slowakisches Fabrikat, Marke „Adolf", zu erhalten. Ebenso doppelseitige Mausfallen, „Made in Germany", Roehmsches Patent Nr. 175 sind nur dort erhältlich. Allen Nazihelden zu empfehlen. Deutsche Frauen und Mädchen! Laßt eure durchlöcherten Töpfe und Pfannen nur bei echten Nazimeistern reparieren. Ueberzeugt euch vor Erteilung des Auftrages, daß das Lötzeug mit dem Hakenkreuz versehen ist, denn nur dann habt ihr Gewähr für einwandfreie Arbeit.

Aber den Herren Nazis von Kehl und Umgebung noch einiges ins Stammbuch: Beim Zusammenbruch im Jahre 1918 haben eine Anzahl Menschen in Kehl ihr sozialistisches Herz entdeckt, denen damals keine Farbe rot und keine rote Rosette groß genug war, die sie bei Tag und Nacht im Knopfloch trugen. Für einige soll es sich auch ganz gut gelohnt haben. Als dann die Franzosen Ende Januar in Kehl einrückten, waren diese Herren aber auch die ersten, die sich dort anzubiedern wußten. Und heute? Heute sind es brave und tüchtige Vorkämpfer des Dritten Reiches.

Und nun erst **Legelsburst!** Die heutige Hochburg der Hitler im Hanauerlande. Unter der Führung des ehemaligen Rechtsanwaltsgehilfen **Sompa** und des Legelsburster Ratschreibers **Jockers** sollte die „Republik Hanauerland" gegründet werden. In Legelsburst fanden auch entsprechende Versammlungen unter Führung obengenannter Herren auf dem Rathause im Bürgersaale statt, die jedesmal überfüllt waren. Auch hatte sich eine sehr große Anzahl Legelsburster Bürger auf der umlaufenden Liste für die neu zu gründende Republik entschieden. Als der damals beim Bezirksamt Kehl amtierende Amtmann **Werber** im Auftrage der Regierung sich nach Legelsburst begab, um diesem Spuk ein Ende zu bereiten, wurde er bei den Franzosen denunziert, von diesen eingesperrt und nach längerer Gefangenschaft aus Kehl kurzerhand ausgewiesen. Heute wählt dieselbe „Republik L." nahezu 100 Prozent Hitler.

Aber auch in Kehl hatte diese hochverräterische Bewegung schon Boden gefaßt. Es fanden auch hier interne Besprechungen statt. Sogar der **Staatssekretär** für diese Republik war hier schon gefundenn und nominiert. Dieser war allerdings schlau genug, sich rechtzeitig zu drücken, als er sah, daß die Bewegung im Sande verläuft, und sich mit der Ausrede entschuldigte, **er wäre nur hingegangen, um zu spionieren.** Als ob jene Kreise so dumm gewesen wären und hätten ausgerechnet ihn als Spion gesucht. Auch weiß bisher kein Mensch, wem er die **Ergebnisse** seiner Spionage mitgeteilt hat. Heute bläst dieser Herr in Kehl mit die größte Trompete.

Nun noch kurz einiges über die Ereignisse in Kehl während der **Inflationszeit.** Damals wäre die Gelegenheit für die Nazis gegeben gewesen, vielleicht mit folgendem Aufruf an die Oeffentlichkeit zu treten: **„Kehler Wirte und Geschäftsleute, verkauft eure Waren nur an Deutsche".** Aber weit gefehlt! Gewisse Kehler Nazi-Geschäftsleute und Wirte hätten damals am liebsten nicht nur ganz Kehl, sondern ganz Deutschland an die von Straßburg herüberströmenden Massen der **„Valutafresser"**, wie sie damals genannt wurden verkauft.

Im Herbst 1923 waren von den Hanauer Bauern kaum Kartoffeln zu erhalten. „M'r ben selwer keni" war die Antwort, wenn ein Städter danach fragte. Bot der Kauflustige dem Bauern aber **französische Franken** als Bezahlung an, so konnte man den größten Wagen voll bekommen. Und das sind die heutigen Allerweltsnazi von Kehl, Bezirk Hanauerland!

Für die Arbeiterschaft von Kehl gibt es aber nur eine Parole: Kauft nicht bei denen, die euch als Nazi bekannt sind. Hinein in die Sozialdemokratische Partei, in die Gewerkschaften und die **Konsumgenossenschaften!** Lest vor allem auch die **Parteipresse. Auf einen Schelmen setzt zwei!**

Karlsruher Umgebung

Weingarten

Sozialdem. Verein. Freitag, den 8. April, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Zum Rößle" eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige, und wird deshalb ein guter Besuch dieser Versammlung erwartet.

Spöck, 5. April. Zugunsten der hiesigen **Notgemeinschaft** veranstaltete der **Arbeitergesangverein „Lassallia"** am letzten Sonntag einen Theaterabend, der sich eines überaus zahlreichen Besuchs zu erfreuen hatte, denn der geräumige „Hirsch"-Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Ein tiefernstes Schauspiel, „Henkerssohn u. Zigeunerin", von W. A. Pannek, ein umfangreicher Fünf-Akter, von mehreren Solo- und Duettgesängen durchflochten (Musik von M. Vogel), ging über die Bretter und hielt alle Besucher in dauernder Aufmerksamkeit und Spannung. Die Aufführung war hervorragend und verriet ein fleißiges Studium aller Mitwirkenden, denen ein volles Lob und höchster Dank für ihre uneigennützige Hingabe an den wohltätigen edlen Zweck gebührt. Eingeleitet wurde der Arbeit durch den Männerchor der „Lassallia" mit dem Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit", von H. Scherchen, das in seiner dynamischen Steigerung prächtig herausgearbeitet war. Auch die Pausen zwischen den einzelnen Akten wurden durch passende Männerchöre ausgefüllt, wozu auch der Gesangverein ‚Eintracht" in anerkenenswerter Weise durch zweimalige, gut dargebotene Chorvorträge das Seine beitrug und wohlverdienten Beifall erntete. Durch den guten Besuch der Veranstaltung ist auch der finanzielle Erfolg ein erfreulicher zu nennen, so daß der Notgemeinschaft, welcher der gesamte Reinerlös zufließt, ein ansehnlicher Betrag überwiesen werden kann. Vielfachen Wünschen entsprechend soll das Stück demnächst wiederholt werden.

Kleine bad. Chronik

Räuberischer Ueberfall

*** Mannheim, 6. April. Gestern abend gegen 9 Uhr wurde in Käfertal auf der Rüdesheimer Straße ein 59 Jahre alter Stadtarbeiter, der nebenbei Kassier eines Arbeiterverbandes ist, durch vier Burschen überfallen, zu Boden geschlagen und eines Buches mit Beitragsmarken sowie des kassierten Betrages von 90 M beraubt. Der Ueberfallene hat am Kopfe zwei blutende Schlagverletzungen davongetragen. Die Täter sind bis jetzt nicht ermittelt.**

Kircheneinbruch in Viernheim

***Viernheim** (bei Weinheim), 6. April. In der Nacht auf Montag wurde in die zum Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern gehörige Kapelle eingebrochen und aus dem Tabernakel ein Kelch mit dem Allerheiligsten gestohlen. Die Einbrecher drangen durch Uebersteigen einer Mauer in den hinter dem Krankenhaus befindlichen Garten. Dann arbeiteten sie aus einer Glastüre eine Scheibe heraus und gelangten so in das Haus und von da in die Kapelle. In der Sakristei holten sie sich den Schlüssel zum Tabernakel und raubten den Kelch. Den Rückweg nahmen sie auf dem gleichen Wege und stiegen über die Mauer eines Nachbargartens, von wo die Spuren von der Fortsetzung ihres Weges in andere Grundstücke sich deutlich verfolgen ließen. Im Gegensatz zu zwei früheren Einbrüchen, die lange Jahre zurückliegen, handelt es sich diesmal um einen wertlosen Kelch.

Zur Aufhebung einer Falschmünzerwerkstätte in Pforzheim

***Pforzheim, 6. April. Der in Ulm festgenommene Former wurde gestern hierher gebracht. Ueber die Namen der Verhafteten und über die Zahl der gefälschten Geldstücke kann noch nichts mitgeteilt werden, da die Kriminalpolizei noch mit den Erhebungen beschäftigt ist. Die Falschgeldwerkstatt ist in einem Hause in der Seebergerstraße ausgehoben worden. Die Gußformen wurden zerschlagen vorgefunden. Es sei nochmals besonders darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei diesem Falschgeld um die gegossenen Stücke handelt. Es befinden sich nämlich außerdem noch andere Sorten von Falschgeld im Verkehr.**

*

* **Rot** (bei Wiesloch), 6. April. **Vorweltlicher Fund.** Beim Abgraben von Sand in der Sandgrube des Engelwirts Heinrich Weis stieß man in etwa 2 Meter Tiefe auf einen etwa 1.30 Meter langen Mammutzahn. Leider zerfiel derselbe beim Bergen in kleine Teile. Da man auf weitere Funde vielleicht gefaßt sein muß, wird mit aller Sorgfalt weitergegraben werden.

***Baden-Baden,** 6. April. **Keine Amerikanerreben anpflanzen.** Vor dem Einzelrichter wurde gegen den Angeklagten P. aus Sandweier wegen unerlaubter Anpfanzung von Amerikanerreben verhandelt. Der Angeklagte gab zu seiner Verteidigung an, daß er nicht gewußt habe, daß es Amerikanerreben seien, die er angepflanzt habe. Der Richter bemerkte hierzu, daß es genug Stellen gebe, bei welchen sich der Angeklagte hätte orientieren können. P. wurde zu einer Geldstrafe verurteilt.

i. **Eppingen,** 4. April. **Schadenfeuer.** Am Samstag abend gab es hier wieder Feueralarm; ein zur Lagerung von Fertigwaren aufmontierter Eisenbahnwagen der Firma Fritz Mann, Eierteigwarenfabrik, hatte Feuer gefangen und brannte vollständig aus, so daß ein in die Tausende gehender Schaden entstand. Die sofort angerückte Feuerwehr konnte ein Uebergreifen auf die Nachbargebäude glücklich verhüten. Da Brandstiftung ziemlich sicher erscheint, wird mit Eifer die Nachforschung zur Aufklärung des Brandes betrieben.

* **Freiburg i. Br.,** 6. April. **Explosion einer Ammoniakflasche.** Im Keller des Kaffees Museum in der Kaiserstraße explodierte gestern nachmittag eine Ammoniakflasche. Mit Gasmasken ausgerüstete Feurewehrleute sorgten für einen unschädlichen Abzug der Ammoniakgase. Der Schaden ist relativ gering. Vergiftungen und Verletzungen sind nicht zu verzeichnen.

* **Wehr i. W.,** 6. April. **Waldbrand.** Hier wurde eine Tannenpflanzung von etwa vier Morgen durch Feuer zerstört. Spielende Kinder hatten Reisig angezündet. Durch Funkenflug war das Feuer auf die Schonung übergesprungen.

Marktberichte

Knielinger Schweinemarkt vom 6. April. Zufuhr: 19 Milchschweine. Preise 30—32 M pro Paar. Handel: Markt geräumt. — Nächster Markt am Mittwoch, den 13. April, vormittags 8 Uhr.

Ettlinger Schweinemarkt vom 6. April. Zugefahren: 57 Ferkel und 58 Läufer. Verkauft: 50 Ferkel, Paar: 23—30 M; 32 Läufer, Paar: 34—42 M. Nächster Schweinemarkt am 13. April, vormittags ½7 Uhr. Nächster Pferde- und Rindviehmarkt am 13. April, vormittags 7 Uhr.

Schweinemarkt in Bruchsal vom 6. April. Angefahren wurden: Milchschweine 91, Läufer 32. Verkauft wurden 45 bzw. 8. Höchster Preis, Paar: 32 M bzw. 38 M. Häufigster Preis, Paar: 30 M. Niedrigster Preis, Paar: 24 M bzw. 36 M.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Heute nacht ist unter stark auffrischenden Westwinden ozeanische Luft nach Süddeutschland gelangt. Die Temperaturen sind dabei vorübergehend etwas gestiegen. Mit einer Aenderung der Wetterlage ist auch morgen nicht zu rechnen.

Wetteraussichten für Freitag, den 8. April. Fortdauer des windigen und meist regnerischen Westwetters.

Auskünfte der Redaktion

Geibelstraße. Der Zinsfuß beträgt 6 Prozent. Er war auf 7½ Prozent geplant, wurde durch die Notverordnung auf 6 Prozent festgesetzt.

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile **Vereinsanzeiger** Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile
Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamepreis berechnet

Karlsruhe

FTK. Süd. Freitag 20½ Uhr Spielerversammlung im Volkshaus.

Berliner Devisennotierungen (Mittelkurs).

		6 April Geld	6 April Brief	5. April Geld	5. April Brief
Amsterdam	100 Fl.	170.43	170.77	170.28	170.62
Italien	100 L	21.72	21.70	21.72	21.76
London	1 Pfd.	15.87	15.91	15.85	15.89
Newyork	1 Doll.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris	100 Fr.	16.60	16.64	16.57	16.61
Prag	100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485
Schweiz	100 Fr.	81.74	81.90	81.67	81.83
Spanien	100 Pes.	31.92	31.98	31.92	32.98
Stockholm	100 Kr.	85.11	85.29	85.31	85.49
Wien	100 Schill.	49.95	50.05	49.95	70.05

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Feuilleton, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: S. Grünebaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

Aprilscherz-Preisausschreiben!

Bei der Auslosung gewannen:

50.– Trude Müller, Bannwaldallee 24
20.– Martin Lauinger, Ettlingen, Drachenrebenweg 6
10.– Friedel Philipp, Kaiserstr. 175
5.– Marta Herr, Herrenstr. 56
5.– Luise Bengel, Jollystr. 5
3.– Trudel Neichel, Akademiestr. 8
3.– Gustav Stelan, Untergrombach, Weiherstr.
3.– Lina Ehlig, Mühlburg, Knielinger Str. 102
3.– Else Meyer, Schwanenstr. 13
3.– Ottilie Körnle, Humboldtstr. 17.

Trostpreise:

E. Boschert, Kriegsstr. 274
Alma Drechsler, Schloßplatz 7
Elis. Veith, Striederstr. 12
Math. Hlozek, Akademiestr. 37
Fr. Fleicher, Rintheim, Ernststr. 67
Frau Müller, Schönfeldstr. 3
Anna Blankenhorn, Kaiserstr. 71
Wilhelm Bischof, Nebeniusstr. 7
Gisela Keller, Sofienstr. 148
Karl Sieben, Goethestr. 29. 2165

Die Gutscheine und Trostpreise können an der Kasse des Hauptgeschäfts in Empfang genommen werden.

Burchard

Kaffee Bauer

Heute Donnerstag, 20.30 Uhr abends

Gesellschafts-Tanz 2164

Teil-Ausverkauf

vom 4. April bis 15. Mai, **Unterwäsche, Wollwesten, Pullover, Regenschirme.** Wegen Aufgabe dieser Artikel weit herabgesetzte Preise.

Daniels Konfektionshaus

Inh. Max Daniel 2158

Wilhelmstraße 36. 1 Tr. Kein Laden.

2159

. . . und wöchentlich

1 × Filche

Eingetroffen
Direkt ab See in Spezialfischwaggons in schwerster Eispackung

Kabliau

Hochprima Qualität **Pfund 15 ₰** im ganzen

Kabliau-Filet ohne Bauchlappen Pfd **28 ₰**

Blutfrische **Bodensee-Braxen** Pfd **30 ₰**

Stockfische 25 ₰ frisch gewäss. Pfd.

Panermehl, Kapern, Zitronen

Lachs-Heringe

Fette zarte Fische 3 Stück **20** 10 Stück **65**

Voll-Heringe

10 Stück **35** und **43** pur Milchner 10 St. **68**

Pfankuch

Pfannkuchwaren helfen sparen

---

25 **Jahre** 25

7. April 1907 **Dienst am Kunden** 7. April 1932

Unser Ziel in Vergangenheit, Gegenwart und für alle Zukunft.

Unser

Jubiläums-Verkauf

beweist Ihnen dies aufs Neue

Damenhüte
Pelze . . . . . elegant und billig, neueste Modelle zu ungeahnt billigen Preisen

Besuchen Sie unverbindlich unsere Jubiläumsausstellung

P. u. J. Specht, Karlsruhe
Waldstraße, Telefon 4839 157

Lehrstelle gesucht. Suche für meine Tochter (16 Jahre) mit Mittelschulbildung Lehrstelle für Büro oder Laden. Angebote unt. G565 an den Volksfreund

Gut erh. **Paddelboot** billig zu verkauf. Angeb. u. Nr. 2155 an den Volksfreund.

Zurück! 2156

Dr. med. Ullmann

Facharzt für Kinderkrankheiten

Jetzt Douglasstr. 15

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme an dem herben Verlust der uns betroffen hat, sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank

Insbesondere danken wir den ev. Schwestern der Gottesauer Pfarrei für die gute Pflege des Dahingeschiedenen, Herrn Vikar Funk für seine trostreichen Worte, Herrn Baurat Krüger vom Städt. Bahnamt, Herrn Niedergall als Vertreter des Fahrpersonals und Herrn Flößer vom Gesamtverband für die ehrenvollen Nachrufe, sowie dem Gesangverein der Straßenbahner für den erhebenden Gesang bei der Trauerfeier

Karlsruhe, den 5. April 1931.

2154 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Frau Liesette Ried Wtwe.
Familie Georg Ried.

TRAUERBRIEFE

liefert schnell und billig

Verlagsdruckerei „Volksfreund" G.m.b.H.
Waldstrasse 28.

2017

In aller Ruhe

u. ganz zwanglos sollten Sie sich davon überzeugen, wie groß die Vorteile beim Möbeleinkauf sind und wie preiswert Sie bedient werden bei Einkauf eines

eichenen Schlafzimmers

mit großem 3tür. Garderobeschrank usw. in den Preislagen von

RM. 330.- 395.-
RM. 495.- 550.-

im

Passage-Möbelhaus
Emil Schweitzer
Passage 3 a
Ecke Kaiser- und Waldstr.

Keine Ladenmiete

Große Auswahl

Herrenkleiderstoffe
Paletotstoffe
Staunend billig!

Besichtigung ohne Kaufzwang!

Arthur Baer
Kaiserstraße 193 69
Verkaufsräume nur eine Treppe hoch

im Hause des Schokoladengeschäfts „Reichardt". Ratenkaufabkommen

Keine Ladenmiete!

Herren-Hüte 1.30 ℳ

Reinigen und Bügeln
Umformen von **Damenhüten**

Fr. Hanselmann, Kriegstr. 3a
Ecke Rüppurrer Straße

---

50 JAHRE HERMANN TIETZ

GROSSER **JUBILÄUMS-VERKAUF**

Wenn man die **Preise** sieht, wenn man die **Qualitäten** prüft, dann erkennt man: Das sind „**Jubiläums-Angebote**"

500 Einkäufer haben in monatelanger Arbeit diese Veranstaltung vorbereitet. Wenn Sie das Erreichte prüfen, werden Sie finden:

Wir bieten Seltenes!!

20000 Angestellte sind im Jubiläums-Verkauf tätig, den Kunden unserer Häuser in vorbildlicher Weise den Kauf zu einer Freude zu machen!

HERMANN TIETZ
KARLSRUHE

2163

Aufruf!

Der 13. März hat mit fast 19 Millionen Stimmen eine gewaltige Vertrauenskundgebung für den Reichspräsidenten von Hindenburg gebracht. Was damals am vollen Siege fehlte, muß nicht nur eingeholt, sondern weit übertroffen werden. Darum heißt es, am 10. April das ganze nationale Deutschland aufzurufen und durch eine machtvolle Kundgebung dem In- und Auslande zu zeigen, daß das deutsche Volk geschlossen hinter Hindenburg als dem Führer im Freiheitskampfe steht, opferbereit und willens, den Kampf gegen die Tribute, gegen die einseitige Entwaffnung und gegen die Kriegsschuldlüge bis zum vollen Siege durchzuführen.

Deutsche, darum bekennt Euch am 10. April zu dem Manne, der dem ganzen Volke gehört, der nur dem Vaterlande und keiner Partei dient, der sich nur seinem Gott und seinem Gewissen verantwortlich fühlt!

Darum tue jeder seine Pflicht!

Wählt Hindenburg!

Der Hindenburg-Ausschuß für die Stadt Karlsruhe

Malermeister Adolf Adam
Bankbeamter Hans Anthony
Chefredakteur Julius Beeser
Maurermeister Emil Bindschädel
Hauptschriftleiter Dr. Georg Brixner
Oberregierungsrat Walter Bucerius
Oberregierungsrat Ernst Dahlinger
Architekt Emil Deines
Syndikus Dr. Peter Dierle
Oberforstrat i. R. Dr. Fritz Eichhorn
Dr. Fritz von Engelberg, Direktor der Landwirtschaftskammer
Oberfinanzrat Eugen Epp
Gewerkschaftssekretär Martin Faßbender
Oberbürgermeister Dr. Julius Finter
Rechtsanwalt Dr. Otto Figlestahler
Stadtrat Dr. Hermann Franz, Direktor der Lessingschule
Professor D. Ernst Frey
Ministerialdirektor Dr. Rudolf Fuchs
Frau Stadträtin Anna Geiger
Geh. Oberforstrat Eugen Gretsch, Landesforstmeister i. R.
Polizeipräsident Paul Hauser
Professor Dr. Karl Holl, Rektor der Friderициana
Dr. Theodor Homburger
Ministerialdirektor Dr. Franz Huber
Geh. Oberregierungsrat Karl Kamm, Präsident der bad. landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften
Professor Albert Kelzler
Stadtoberschulrat Al. Kimmelmann
Schriftleiter Adolf Kimmig
Ministerialrat Dr. Ernst Klotz
Senatspräsident Dr. Otto Levis
Landgerichtsdirektor Dr. Arth. Maischhofer
Finanzminister Dr. Wilhelm Mattes
Generalkonsul Willy Menzinger
Geistlicher Rat Dr. h. c. Theodor Meyer, Hauptschriftleiter
Konsul Robert Nicolai, Präsident der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden
Mechanikermeister Carl Pfeiffer
Präsident Karl Rausch
Fräulein Luise Riegger, Hauptlehrerin
Verwaltungsinspektor Albert Schäfer
Professor Dr. Franz Schnabel
Staatspräsident Dr. Josef Schmitt
Dr. Karl Schneider, Präsident des Verwaltungsgerichtshofes
Hauptschriftleiter Fritz Simon
Professor Dr. Nathan Stein
Dr. Ludwig Steinbrenner, Präsident der Staatsschuldenverwaltung
Architekt Wilhelm Stober
Prälat Dr. August Stumpf
Ministerialrat Gust. Ullrich
Reichsbankdirektor Eugen Wilhelm
Stadtrat Architekt Robert Willer
Kaufmann Adolf Wilser
Landeskommissar Gerhard Wolf

Spendet für unseren Hindenburgwahlfonds!

Annahmestelle: **Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, Filiale Karlsruhe,** Postscheckkonto Nr. 16 2167

Rastatter Anzeigen

Wahl des Reichspräsidenten.

Für den II. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am

Sonntag, den 10. April 1932
(Wahlzeit: 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags)

sind in der Stadt Rastatt, wie bisher, 11 Wahlbezirke gebildet, wie folgt:

Wahlbezirk Nr.	Wahlberechtigte mit Namensanfangsbuchstaben	a) Wahlvorsteher b) Stellvertreter	Lage des Wahlraumes
1	A bis Bo	a) Feger Karl, Stadtrat b) Schmitt Alfred, Kaufmann	Fruchthalle-Saal
2	Br bis E	a) Kritzer Karl, Stadtrat b) Frick Karl, Kaufmann	
3	F bis Go	a) Levi Hugo, Stadtrat b) Umhauer Eduard, Ingenieur	
4	Gr bis He	a) Mellert Dionys, Stadtrat b) Eble Karl, Obermeister	
5	Hi bis Ke	a) Link Gustav, Stadtrat b) Nehb Jakob, Angestellter	
6	Ki bis Ku	a) Epple Karl, Stadtrat b) Iffland Friedr., Masch.-Setzer	
7	L bis Mo	a) Jägel Karl, Stadtrat b) Klein Georg, Expedient	Rathaus II. Stock
8	Mu bis Rh	a) Bechtold Karl, Stadtrat b) Koch Friedrich, Kaufmann	
9	Ri bis S, St	a) Schieß Hermann, Stadtrat b) Maier Eugen, Rektor	
10	Sch und T	a) Stier Karl, Stadtrat b) Frietsch Leop., Gärtnereibes.	
11	U bis Z	a) Stier Otto, Stadtrat b) Hilpert Adolf, Kaufmann	

Es wählen also die Wahlberechtigten mit Namensanfangsbuchstaben

A — K im Fruchthallesaal,
L — Z im Rathaus — II. Stock —.

Benachrichtigungskarten wurden nicht zugestellt.

Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt und enthalten alle zugelassenen Wahlvorschläge.

Der Wähler erhält beim Betreten des Wahlraumes Umschlag und Stimmzettel. Er begibt sich hiermit in den Nebenraum und kennzeichnet auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder Unterstreichen, welchem Anwärter er seine Stimme geben will. Danach tritt er an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald der Schriftführer den Namen in der Wahlkartei aufgefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Abstimmungsvorsteher, der ihn ungeöffnet in die Wahlurne legt.

Auf Erfordern hat sich der Wahlberechtigte dem Wahlvorstand über seine Person auszuweisen.

Wählen kann nur, wer in die Wahlkartei eingetragen ist oder einen Stimmschein hat.

Rastatt, den 5. April 1932 510

Der Oberbürgermeister:
J. V.: Götzmann.

Am Samstag, den 9. April 1932, nachmittags 2 Uhr, findet in den Geschäftsräumen der unterzeichneten Kasse in Rastatt, Ludwig-Wilhelm-Straße 21, unsere ordentliche

Ausschußsitzung

statt. 337

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht;
2. Aufstellung des Voranschlags für 1932;
3. Rechnungsabnahme 1930;
4. Aufstellung der Satzung;
5. Anträge und Verschiedenes.

Zu dieser Sitzung werden die gewählten Vertreter hiermit höflichst eingeladen. Um bestimmtes und pünktliches Erscheinen wird gebeten

Rastatt, den 24. März 1932.

Allg. Ortskrankenkasse Rastatt-Land
Sitz Rastatt.

Der Vorsitzende:
Stefan Weber.

Bekanntmachung

Gärtner und Händler haben vom 1. ds. Mts. ab für ihre Stände und Plätze für den Hauptwochenmarkt (Donnerstagsmarkt) zu entrichten:

a) in der inneren Reihe 30 Pfg. p. lf. Mtr. und
b) in den beiden äußeren Reihen 20 Pfg. pro laufender Mtr.

Rastatt, 6. April 1932

Der Oberbürgermeister:
Renner 511

In jede Familie nur den Volksfreund